

Geschichtskorrespondenz

Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
bei der Partei DIE LINKE

Nummer 3/16. Jhg.

Mitteilungsblatt

Juli 2010

Zu diesem Heft:

In dieser Ausgabe dokumentieren wir die auf der Konferenz "1935: Zäsur in der Geschichte der kommunistischen Bewegung" am 26. Juni 2010 in Berlin gehaltenen Vorträge von Robert Steigerwald und Stefan Weber über Probleme des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und der "Brüsseler Konferenz" der KPD.

Beide Vorträge verdeutlichten - auch in polemischer Zuspitzung - den Charakter dieser beiden Tagungen als Wendepunkte im politischen Wirken der Komintern und der KPD. Sie machten zugleich sichtbar, wie kompliziert und widerspruchsvoll sich die notwendige Neuorientierung ihren Weg bahnte. Dies unterstrich auch die Diskussion, die auf eine Reihe von Aspekten und Facetten dieses Prozesses konkret einging.

Die Vorträge werden ergänzt durch den Abdruck der erstmals 1997 veröffentlichten Rede Palmiro Togliattis (als Vertreter des EKKI) auf der "Brüsseler Konferenz". Sie besticht nicht nur durch ihre analytische Schärfe, sondern dokumentiert auch eindrucksvoll die herausragenden Führungsqualitäten Togliattis und seine langjährige, überaus wertvolle internationalistische Unterstützung für die deutsche Arbeiterbewegung.

Ferner drucken wir in diesem Heft die vom Berliner Alternativen Geschichtsforum erarbeiteten, vom Vorstand der GBM beschlossenen Thesen "Datum von Jahrhundert-Bedeutung. Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus" ab.

Schließlich enthält das Heft die vollständige Einladung zur Konferenz "Bündnispolitik in der DDR. Erfolge und Defizite" am 4. September 2010 in Berlin.

Heinz Karl

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-------|
| Editorial | S. 1 |
| Dr. sc. Robert Steigerwald Der VII. Weltkongress der Komintern und einige revolutionstheoretische Probleme | S. 3 |
| Dr. Stefan Weber Die "Brüsseler Konferenz" der KPD | S. 11 |
| Dokument: Palmiro Togliatti Rede auf der "Brüsseler Konferenz" der KPD, 11. Oktober 1935 | S. 22 |
| Berliner Alternatives Geschichtsforum Datum von Jahrhundert-Bedeutung. Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus | S. 34 |
| Einladung zur Konferenz "Bündnispolitik der DDR. Erfolge und Defizite" am 4. September 2010 in Berlin | S. 36 |

| | |
|--------------|---|
| Impressum: | Die GeschichtsKorrespondenz erscheint vierteljährlich. Sie wird Mitgliedern und Interessenten des Arbeitskreises kostenlos zur Verfügung gestellt - in der Regel per E-Mail. E-Mail: marxistischer.arbeitskreis@die-linke.de Neue Interessenten teilen bitte ihre E-Mail-Adresse entweder per Mail an obige E-Mail-Adresse oder per Post an die Redaktion (siehe unten) bzw. eine der in den Einladungen genannten Kontaktadressen mit. Interessenten ohne E-Mail-Adresse sowie Bibliotheken und wissenschaftliche Institutionen wenden sich an die Redaktion. Die GeschichtsKorrespondenz ist nicht im Buchhandel erhältlich. |
| Herausgeber: | Marxistischer Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE. |
| Redaktion: | Dr. Günter Wehner (V.i.S.d.P.) Sella-Hasse-Str. 9, 12687 Berlin, Tel. 030-800962148 |

Gezeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder. Die nächste Ausgabe erscheint Oktober 2010.

Dr. sc. Robert Steigerwald

Der VII. Weltkongress der Komintern und einige revolutionstheoretische Probleme

Der VII. Weltkongress der Komintern fand vom 25. Juli bis 20. August 1935 in Moskau statt. 371 Delegierte mit beschließender und 139 mit beratender Stimme nahmen daran teil. Von den 76 der Komintern angeschlossenen Parteien - 50 wirkten illegal - waren 65 anwesend. Auf der Tagesordnung standen folgende Themen:

- Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit des Exekutiv-Komitees, Berichterstatter Wilhelm Pieck
- Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der KI im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, Referent Georgi Dimitroff
- Die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Aufgaben der KI, Referent Palmiro Togliatti
- Die Ergebnisse des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion, Berichterstatter D. S. Manuilski
- Wahl der leitenden Organe

I.

Ich will mit einem Thema beginnen, das euch zunächst etwas erstaunen wird. Als wir 1968 die DKP neu konstituierten, mussten wir, um das Parteienprivileg zu sichern (das schützt vor einfachen Verbotsmaßnahmen irgend eines Innenministers) a) uns rasch ein eigenes Parteiprogramm ausarbeiten und b) möglichst bald, und das in nicht allzu großen Abständen wiederholend, an überregionalen Wahlen teilnehmen. Die erste Arbeit, die an einem Parteiprogramm, zog sich über einen Zeitraum von zehn Jahren hin, während dem wir verschiedene programmatische Dokumente, Thesen usw. ausarbeiteten. Das alles mündete in das DKP-Programm von 1978, dessen Grundelemente auch im Programm von 2006 enthalten sind. Aber warum ist das für unser heutiges Thema wichtig? Während des VII. Weltkongresses erinnerte Dimitroff an den Hinweis Lenins aus dem Jahre 1920, die Kommunisten müssten ihre ganze Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, die Form des Übergangs zur proletarischen Revolution oder des Herankommens an sie ausfindig zu machen. Wir haben uns in der Arbeit an unserem Parteiprogramm an diesem Hinweis Lenins orientiert. Das Ergebnis war und ist unsere Orientierung auf eine erste Etappe, in der es um die Verteidigung von Errungenem geht, darum, in diesem Kampf eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt zu erreichen, die im weiteren Verlauf einmünden kann in das Ringen für eine antimonopolistische Demokratie. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen, sondern nur die Grundlinie dieser programmatischen Arbeit andeuten, unser Suchen nach möglichen Übergängen auf dem Weg zum Sozialismus verdeutlichen, unser Bemühen, Lenin, den ersten Kominternkongressen und dem VII. Weltkongress der Komintern zu folgen.

Nur nebenbei sei bemerkt, dass dies eine durchaus über die Entwicklung in der Bundesrepublik hinausweisende Problematik zur nationalen Frage enthielt: Das Parteiprogramm von Kommunisten ist nicht möglich ohne die Herausarbeitung zumindest des sozialistischen Ziels. Das aber bedeutete, man erinnere sich der damaligen Orientierungen: Erst nationale Einheit und danach erst kann es um den Aufbau des Sozialismus im Westen des Landes gehen. Das DKP-Programm orientiert nun anders - und das stieß nicht überall auf Zustimmung. Erich Honecker meinte, eine programmatische Erklärung mit einem Aktionsprogramm hätte doch genügt. Aber damit hätten wir das Parteienprivileg nicht gesichert und jederzeit mit einem Verbot rechnen können.

II.

Ich will vor so vielen Historikern, die doch selbst in Forschung und Lehre zum VII. Weltkongress gearbeitet haben, nicht auf den Verlauf dieses Kongresses eingehen, sondern ein paar Probleme herausgreifen, die uns auch heute noch beschäftigen. Das sind

1. Anmerkungen über den Weg zum Kongress, denn dies ist auch grade heute zumindest im Westen des Landes ein Diskussions- und Streitthema.
2. Probleme des Faschismus, der Einheits- und Volksfront, denn auch diese Komplexe sind heutigem Streit ausgesetzt.

Ad 1.

Die Kommunisten gingen nach der russischen Oktober- und der deutschen Novemberrevolution davon aus, dass mit dem Ersten Weltkrieg und der Oktoberrevolution die Endphase des Kapitalismus anbreche, dass die nächsten geschichtlichen Brüche sozialistische Revolutionen sein werden. Um die Jahre 1922/23 wurde es Lenin völlig bewusst, dass das Land des Oktober zunächst isoliert bleiben und es nötig sein werde, über den Weg des Landes zum Sozialismus nachzudenken. Ein Ergebnis ist der sogenannte Genossenschaftsplan. Ein weiteres Ergebnis sind die schon gegebenen Hinweise an die Parteien anderer Länder, nach Übergangsmöglichkeiten zu suchen, die den Weg zum oder des Herankommens an den Sozialismus öffnen könnten. Der Erwartung wegen, man befinde sich an Vorabend der proletarischen Revolution und in solchen Situationen seien jene strategischen Maßregeln anzuwenden, die Stalin in seinen entsprechenden Vorlesungen entwickelt hatte, wurden Lenins Hinweise "vergessen". Die Politik gegenüber der bürgerlichen Republik von Weimar, der Sozialdemokratie, den an diese gefesselten Gewerkschaften wurde auf Stalinscher Grundlage als Politik "Klasse gegen Klasse" gestaltet. Es ging also nicht einfach um Sektierertum, sondern um eine bestimmte Einschätzung der historischen Etappe, in der Kommunisten ihre Politik entwickelten.

Dies wurde im Grunde erst durch den VII. Weltkongress korrigiert. Zum Verständnis des Kongresses ist zu bedenken: Das einschneidende Ereignis der Machtübernahme durch die Nazis in Deutschland stellte alle politisch relevanten Kräfte vor Grundsatzentscheidungen. Nach einer Inkubationszeit führte dies ab etwa 1934 zu durchaus grundlegenden Aktivitäten. Wobei sich in den westlichen imperialistischen Staaten, wie die nachfolgenden Jahre zeigen sollten, zwei Strömungen herausbildeten. In England wurden sie repräsentiert durch Chamberlain und Churchill, in Frankreich zunächst durch Barthou und Laval, später Daladier. Die Problematik lässt sich auf die Frage zuspitzen: Wie halten wir es mit Nazi-Deutschland? In Frankreich war dies eine dringendere Frage als in England, das durch das Meer nicht direkt mit Deutschland konfrontiert war. Frankreich dagegen sah sich Nazi-Deutschland unmittelbar gegenüber gestellt. Und Deutschlands imperialistische und militaristische Kräfte drängten schon lange auf Revanche für Versailles. Man erinnerte sich in Frankreich durchaus des Ersten Weltkriegs. Da war Deutschland, obwohl an mehreren Fronten Krieg führend, dennoch tief nach Frankreich eingedrungen. Sollte Frankreich sich mit dieser Bestie allein schlagen müssen? Wie würde sich das entwickeln? Zumal es Nazi-Deutschland 1934 gelungen war, durch einen Pakt mit Polen seine "Einkreisung" zu durchbrechen. Frankreich musste darin eine Gefährdung der eigenen Position sehen. Doch nach wie vor setzten manche in Frankreich darauf, Nazi-Deutschlands aggressives Potential mittels einer Politik der Beschwichtigung gegen die Sowjetunion zu lenken, wie das in der bekannten Appeasement-Politik zum Ausdruck kommen sollte. Friedrich Dürrenmatt hat diese schändliche Politik in seinem "Biedermann und die Brandstifter" literarisch gestaltet und kritisiert.

Auf diese Situation musste sich auch die sowjetische Innen- und Außenpolitik, diese vor allem, einstellen. Auch dort erinnerte man sich des Ersten Weltkrieges, seines Verlaufs, der verheerenden Niederlagen der russischen Truppen gegen ein Deutschland, das es ja nicht nur mit Russland zu tun hatte. Wie würden sich die Dinge entwickeln, stünde die Sowjetunion diesem deutschen Imperialismus und Militarismus auf sich allein gestellt gegenüber?

Diese neue Situation führte sowohl bei bestimmten politischen Kräften Frankreichs - aber auch Englands (mit Verzögerungen) -, als auch in der Sowjetunion dazu, nach gemeinsamen Möglichkeiten der Abwehr des faschistischen Deutschlands zu suchen. Hitler ante portas! Hitler vor den Toren, und solange er vor den Toren steht, konnte beispielsweise für die Kommunisten Frankreichs die Losung, der Hauptfeind stehe im eigenen Land, nicht gelten.

Ich werde nicht auf die politischen Aktivitäten der Sowjetunion im Einzelnen eingehen, also nicht weiter auf den Eintritt in den Völkerbund, auf des sowjetischen Außenministers Litwinow Bemühungen um eine Politik der kollektiven Sicherheit (zu der nach dem zweiten Weltkrieg der damalige britische Premierminister Attlee sagte, wären wir dieser Politik gefolgt, hätte sich der zweite Weltkrieg vermeiden lassen). Ich will zunächst, wegen der in die Volksfrontpolitik einmündenden Entwicklungen, auf das sich damals herausbildende Verhältnis Frankreichs zur Sowjetunion eingehen.

Als es Ende Januar 1934 zwischen Deutschland und Polen, diesen beiden aggressiven Feinden der Sowjetunion, wie schon erwähnt zu einem Pakt kam, also Nazi-Deutschland rückenfrei wurde, bedeutete das für Frankreich den Bruch der antideutschen Allianz. Von da an wollten andere als die oben angeführten Kräfte Frankreichs eine Annäherung an die Sowjetunion. Es gab verschiedene Einzelschritte wie den Vorschlag des französischen Außenministers Barthou vom Mai 1934, einen Pakt mit der SU zu schließen. Ebenfalls in diesem Monat regten "Prawda" und "L'Humanité" an, FKP und SP sollten sich verständigen. Es kam am 27. 6. 1934 zu einem ersten Aktionseinheitsabkommen in Frankreich, dem im August des gleichen Jahres ein solches in Italien folgte. Dies waren wichtige Voraussetzungen für die spätere Konzeption der Volksfront, darauf komme ich zurück. Schließlich wurde 1935 ein französisch-sowjetischer Vertrag abgeschlossen und gab es eine zustimmende Erklärung Stalins zur französischen Militärpolitik. Es geschah erstmals, dass Kommunisten Verständnis für Militärmaßnahmen eines imperialistischen Staates äußerten. Nüchterne Überlegung muss zu der Einsicht führen: Dies entsprach nicht nur sowjetischen Interessen, die besten Bedingungen für den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion zu erwirken, das entsprach eben auch den Interessen der Kommunisten außerhalb des Sowjetlandes, dieser starken internationalen Basis des Sozialismus.

Neues kündigte sich an, als Dimitroff in den Monaten der Kongressvorbereitung, im Juli 1934 in Briefen an Stalin fragte: Kann man die Sozialdemokratie sozialfaschistisch nennen? Ist sie immer und überall die wichtigste Stütze der Bourgeoisie? Stalin äußerte Einverständnis mit Dimitroffs korrigierender Herangehensweise. Sie lief letztlich darauf hinaus, imperialistische Staaten differenzierter zu bewerten, ihre Verfasstheit, ihre außenpolitischen Interessen und damit beispielsweise demokratisch verfasste von faschistischen, aggressiven Staaten zu unterscheiden.

Im April 1935, immer noch in der Vorbereitungsphase des Kongresses, machte Togliatti erstmals auf Zwischenziele aufmerksam, die es auf dem weiteren Weg geben werde. Was das wirklich bedeutete, wird klar, wenn man bedenkt, dass derselbe Togliatti noch auf dem VI. Kominternkongress (1928)¹ darauf verwies, Faschismus sei zwar die Zerstörung der bürgerlichen Demokratie, es zeige dies aber, dass eine Periode der Vorbereitung einer proletarischen, nicht aber einer bürgerlich-demokratischen Revolution angebrochen sei. Nun, auch jetzt ging es nicht um eine bürgerlich-demokratische

Revolution, wohl aber um die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie gegen den Faschismus. Und zwar gerade auch im Interesse der Arbeiter-, der kommunistischen Bewegung. Der Faschismus hatte den Kommunisten eingebläut: Sie brauchen Freiheit, demokratische Rechte wie die Luft zum Leben.

Harald Neubert fasste die strategischen Aufgaben des Kongresses so zusammen: "In Betracht gezogen werden müssten offensichtlich drei Positionen, die damals der Korrektur unterzogen werden mussten: erstens das Verhältnis zu den demokratisch verfassten kapitalistischen Staaten angesichts der faschistischen Gefahr, zweitens die Einschätzung des Faschismus vom Gesichtspunkt bürgerlicher Herrschaftspraxis und revolutionärer Erwartungen, und drittens die Einschätzung der Sozialdemokratie und das Verhältnis zu ihr."²

Ad 2. Einiges zu den Problemen der Einheits- und Volksfrontpolitik

Ich erinnere daran, vor dieser Zeit orientierten sich die Kommunisten auf eine neue Revolution, die zur Errichtung einer sozialistischen Macht führen werde. Die schloss die Konzeption des Kampfes Klasse gegen Klasse, Proletariat gegen Bourgeoisie logisch ein. Aber um die Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie zu konfrontieren, war es nötig, die Einheit der Klasse zu erreichen. Diesem Ziel sollte die Politik der Einheitsfront dienen. Dabei war zu beachten, dass die Weimarer Republik gleichsam mit dem Hakenkreuz am Stahlhelm und mit entschiedener Unterstützung durch die SPD-Führer entstanden war. Folglich erforderte der Kampf um die Einheit der Klasse zumindest die Isolierung dieser sozialdemokratischen Führer. Dies war Bestandteil des Ringens um die Einheitsfront der Arbeiter. Es ging um eine Einheitsfront von unten.

Diese Problematik der Einheitsfront war Thema des III. und später des IV. Weltkongresses. Es sollte darum gehen, die ideologische und organisatorische Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden. Dies bei programmatischer und organisatorischer Eigenständigkeit der beteiligten Kräfte. Der Kampf für gemeinsame Ziele, für unmittelbare Interessen sollte die Masse der Arbeiterklasse von der Überlegenheit revolutionärer Methoden und revolutionärer Programmatik überzeugen. In diesen Kämpfen würden sich die Kommunisten als die entschlossensten, als die weitestgehenden Kräfte erweisen und so das Vertrauen der Arbeitermassen gewinnen können.

In der späteren Periode sollte sich hier Grundlegendes ändern. Zu spät wurde von den Kommunisten erkannt, dass die Weimarer Republik auch im Interesse der Arbeiterbewegung vor dem Ansturm des Faschismus zu verteidigen war. Aber auf der Grundlage dieser durch den Naziterror eingebläuten Lehre wurde nun auch die Einheitsfrontpolitik korrigiert. Nach wie vor ging es darum, die größte mögliche Einheit der Arbeiterbewegung zu erreichen, dies aber nun durch eine Einheitsfrontpolitik, die nicht mehr durch die Auseinandersetzung in der Klasse beeinträchtigt wurde. Es ging nicht mehr um die Einheitsfront von unten, sondern um die mögliche Zusammenarbeit von kommunistischer und sozialdemokratischer Partei. Und indem solches gemeinsame Wirken zustande komme, würde auf kleinbürgerliche und bürgerliche Gegner der Nazis, also auf jene, die von der Zerstörung der bürgerlichen Freiheiten und Demokratie auch betroffen waren, eine solche Anziehungskraft ausgeübt werden, dass ein Bündnis der Kräfte der Einheitsfront mit kleinbürgerlichen und bürgerlichen Anhängern der bürgerlichen Demokratie möglich werde. Im Ergebnis würde also die Einheitsfront der Arbeiterklasse durch ein Bündnis mit diesen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Kräften in Gestalt einer Volksfront gegen den Faschismus und gegen den Krieg ergänzt. Dazu sei zunächst eine Übereinkunft zur Verteidigung der Demokratie nötig. Und diese Konzeption hatte Erfolge erzielt. Damals fanden einige der bedeutendsten Schriftsteller, Künstler wie Picasso, Politiker wie Nenni, Nehru und Menon Verbindung zur Volksfront.

Es handelte sich um die Anwendung der Strategie von Etappen auf dem Weg zum sozialistischen Ziel, also nicht um eine Politik der Revolution in Permanenz! Diese Politik wurde in den ersten Jahren nach 1945 durch die Kommunisten fortgesetzt, allerdings nicht lange aufrecht erhalten, dazu später ein paar Worte. Außerdem, das muss auch festgehalten werden, haben innersowjetische Ereignisse, sprich die Moskauer Prozesse, und Ereignisse in Spanien die Volksfrontpolitik geschädigt.

Von Kritikern des Kongresses wird behauptet, er habe durch die Unterscheidung von aggressiven und demokratischen imperialistischen Staaten, mit denen der Kampf gegen den Faschismus möglich sei, und durch seine Volksfrontorientierung das sozialistische Ziel preisgegeben, mit der sozialistischen Revolution zugunsten der Klassenzusammenarbeit nicht nur mit dem Kleinbürgertum, sondern sogar mit der Bourgeoisie gebrochen. Pierre Frank meint in seiner "Geschichte der Kommunistischen Internationale"³, der Kongress hätte die Kommunisten auf die Verteidigung der bürgerlichen Demokratie festgelegt, also den Boden des Kampfes für den Sozialismus verlassen, Sozialismus und sozialistische Revolution weggezaubert, es sei nur um den status quo gegangen, damit die Sowjetunion ihren Sozialismus in Frieden weiter aufbauen konnte, eine wirkliche Volksfrontpolitik hätte den Kampf gegen den Kapitalismus erfordert.

Im Revolutionsprozess kann es Situationen geben, da die bürgerliche Demokratie gegen faschistische oder andersartige diktatorisch-kapitalistische Regime verteidigt werden muss, weil diese Demokratie doch den Boden für den weiteren Kampf um den Sozialismus darstellt. Status quo kann Bedingung des späteren Fortschritts sein. Übrigens: Seine Beseitigung setzte ja wenige Jahre nach dem Kongress in Gestalt der Appeasement-Politik Daladiers und Chamberlains ein! Das Studium der Texte Dimitroffs und Togliattis widerlegt die Behauptungen Pierre Franks, ich komme darauf noch zurück. Und warum es nicht im Interesse der sozialistischen Kräfte gelegen haben soll, mit der Verteidigung des Friedens gegen die faschistische Kriegsgefahr der Sowjetunion die Bedingungen für den weiteren sozialistischen Aufbau zu sichern, das ist ja wohl ein eigenartiges Argument. Diesem Kritikkomplex liegt die Konzeption der "Revolution in Permanenz" zugrunde, die Nicht-Unterscheidung strategisch unterschiedlicher Etappen der Revolution. Darin steckt als Kernthese, es gehe nach wie vor um die Konfrontation Klasse gegen Klasse, um den unmittelbaren Übergang zur sozialistischen Revolution, und damit habe der Kongress gebrochen.

Was Pierre Frank behauptet, wird durch die Materialien des Kongresses widerlegt. So sprach Togliatti im Kongress: Der Friede werde durch die Kommunisten verteidigt, um "die Bedingungen des Sieges der Revolution zu sichern. Wenn der Krieg morgen ausbricht, werden wir mit der gleichen Entschlossenheit den Kampf aufnehmen und uns mit allen Kräften schlagen, in dem Bewusstsein, dass das ein Kampf um Leben und Tod zwischen uns und der Bourgeoisie sein wird."⁴ Dieser Krieg bedeute für die Bourgeoisie den Beginn der revolutionären Krise. "Während dieser Krise werden wir an der Spitze der Massen mit allen Kräften für die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie kämpfen, wir werden kämpfen für die Revolution und die Eroberung der Macht."

Und Dimitroff stellte klar: "Wir ziehen in Betracht, daß eine solche Lage eintreten kann, wo die Bildung einer Regierung der proletarischen Einheitsfront oder der antifaschistischen Volksfront nicht nur möglich, sondern auch im Interesse des Proletariats notwendig sein wird. Und wir werden in diesem Falle ohne alle Schwankungen für die Schaffung einer solchen Regierung eintreten. Ich spreche nicht von einer Regierung, die nach dem Siege der proletarischen Revolution gebildet werden kann."⁵

Was die Fragen der Bündnispolitik angeht, so ist es völlig unhistorisch, sie losgelöst von konkreten gesellschaftlichen Bedingungen zu erörtern. Lenin hat sich dazu bündig geäußert: "Krieg führen zum Sturz der internationalen Bourgeoisie, einen Krieg, der

hundertmal schwieriger, langwieriger, komplizierter ist als der gewöhnlichste Krieg zwischen Staaten und dabei im Voraus auf das Lavieren, auf die Ausnutzung von (wenn auch zeitweiligen) Interessengegensätzen zwischen den Feinden, auf Übereinkommen und Kompromisse mit möglichen (wenn auch zeitweiligen, unbeständigen, schwankenden, bedingten) Verbündeten zu verzichten - ist das nicht über alle Maßen lächerlich?"⁶

Weiterhin bedeutet Kritik am Kongress, wie sie Pierre Frank vorträgt, die tödliche Gefahr des Faschismus zu negieren und darum nicht zu erfassen, dass die Abwehr dieser Gefahr die Zusammenarbeit aller Potentiale erforderte, die zu solcher Zusammenarbeit - sei es für noch so kurze Zeit, mit noch so schwachen Kräften, so schwankend wie auch immer -, unabweislich geworden war. Die Verteidigung der bürgerlichen, ja, der bürgerlichen Demokratie war im eigenen Interesse der Arbeiter-, der kommunistischen Bewegung absolut nötig geworden. Es handelte sich um eine Etappe vor dem Kampf um den Sozialismus. Man folgte den Hinweisen Lenins auf dem II. Weltkongress über notwendige Zwischenschritte, Zwischenetappen, Übergangsmöglichkeiten, die doch, die angeführten Worte Dimitroffs zeigen es, durch die Beschlüsse des Kongresses nicht preisgegeben wurden.

Zum Komplex Faschismus

Was ist Faschismus? Was wirklich Faschismus ist, das wurde - trotz einiger früher Ansätze bei Clara Zetkin und Karl Radek etwa - nicht wirklich erfasst. Es wurde dies den Kommunisten erst durch die Nazis eingebläut. Bis dahin und sogar noch einige Zeit über das Jahr 1933 hinaus wurde das wirkliche Wesen des Faschismus nicht erkannt. So konnte es geschehen, dass vor 1933 die Eigenschaft, faschistisch zu sein, recht häufig benutzt und etwa die Regierung Brüning oder Papen damit bedacht wurde. Die Stimmung - nicht nur in meinem kommunistischen Elternhaus! - war weit verbreitet: Wenn das schon faschistisch ist und wir das ertragen können, was kann uns dann noch passieren, wenn der Hitler den Brüning ablöst? Wenn überhaupt, dann siegt er zwei Meter unter der Erde! Oder: Der hat spätestens nach vier Wochen abgewirtschaftet und dann kommen wir!

Der Faschismus hat sich als eine tödliche Gefahr für die gesamte Arbeiterbewegung erwiesen. Aber auch als ruinierend für die bürgerliche Demokratie und damit auch für Kräfte der Bourgeoisie. Hier sind objektive und subjektive Gründe für die Analyse und die Schlussfolgerungen genau zu beachten.

Es gab eben auch bourgeoise Kräfte, die aus eigenen Interessen für die Aufrechterhaltung oder Wiederherstellung bürgerlich-parlamentarischer Bedingungen eintraten. Mit ihnen das zeitweise Zusammengehen gegen den Faschismus einzugehen, solche "Bündnisse" herzustellen, das lag durchaus in der Linie marxistischer Strategie und Taktik und im Interesse der Arbeiterbewegung. Das wurde - den jeweiligen konkreten Bedingungen entsprechend - vom "Manifest der Kommunistischen Partei" an über die "Kritik am Gothaer Programm" sich fortsetzend bis hin zur Geschichte mit dem "verplombten Wagen" immer wieder herausgearbeitet oder praktiziert.

Es gibt viele Versuche, den Faschismus zu erklären: Mal ist er Totalitarismus, dann Produkt sozialer Anomalie oder Machtergreifung des Mittelstands (Ernst Bloch), auch massenpsychologische Deutungen liegen vor (Wilhelm Reich) oder die Ansicht, er sei die Herrschaft über das Großkapital oder einfach eine Art Bonapartismus. Das Grundproblem besteht jedoch nicht darin, Erscheinungsweisen des Faschismus zu schildern - also etwa dass er Massenanhang besaß oder antisemitisch war -, sondern es geht darum, dass der Faschismus eine tief in das gesellschaftliche Leben eingreifende Erscheinung ist, die man darum auch nur mit gründlicher Anwendung der marxistischen Gesellschaftstheorie, des Zusammenhangs von gesellschaftlicher Basis und gesellschaftlichem Überbau erfassen kann: Es geht zuallererst um die Machtbasis dessen,

was Faschismus ist, um die gesellschaftliche Grundlage dessen und die wird nicht durch die Darstellung von Erscheinungsweisen erfasst. Es gibt eine erdrückende Fülle Materials, das beweist: Die Nazis wurden durch das Drängen der einflussreichsten Kräfte des Großkapitals, ostelbischer Junker und der Militärkaste an die Macht geschoben. Am 5. 12. 1945 sagte der Bankier von Schroeder, in dessen Haus Zusammenkünfte mit den Naziführern stattfanden, vor dem Nürnberger Kriegsverbrecherprozess aus: "Das allgemeine Ziel der Industrie war damals ... einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen ... Als am 6. 11. 1932 die NSDAP einen ersten Rückschlag erlitt und so ihren Gipfelpunkt überschritten hatte, wurde die Unterstützung der deutschen Schwerindustrie eine Sache von besonderer Dringlichkeit." Die Liste der industriellen Unterstützer der Nazis liest sich wie eine Art "Gotha" des deutschen Finanzkapitals. Einer dieser Männer, Thyssen, schrieb sogar ein Buch mit dem Titel "I paid Hitler", "Ich finanzierte Hitler".

Dimitroff stellte zur Machtbasis des Faschismus fest und unterschied ihn dadurch von anderen Formen bürgerlicher Herrschaft: "Der Machtantritt des Faschismus ist nicht die einfache Ersetzung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die offene, terroristische Diktatur. Die Ignorierung dieses Unterschieds wäre ein ernsthafter Fehler. Sie würde das Proletariat daran hindern, die breitesten Schichten der Werktätigen in Stadt und Land zum Kampf gegen die Gefahr, dass die Faschisten die Macht ergreifen, zu mobilisieren sowie die Gegensätze auszunutzen, die im Lager der Bourgeoisie selbst bestehen. Doch nicht minder ernst und gefährlich ist der Fehler, die Bedeutung zu unterschätzen, die gegenwärtig in Ländern der bürgerlichen Demokratie sich verschärfenden Maßnahmen der Bourgeoisie für die Aufrichtung der faschistischen Diktatur zukommt."⁷

Dass es auch im kapitalistischen Lager solche Differenzen gab, hat sich daran gezeigt, dass es nicht nur die Linie Chamberlain, Daladier, der Appeasement-Politik gab, sondern auch die Linie Churchill, Eden, denen es zunächst darum ging, den imperialistischen Konkurrenten Deutschland, der sich schon wieder gefährlich mauserte, in Schach zu halten. Um ein Wort zu benutzen, das Churchill später, aber anders herum formulierte. Da meinte er, man habe das falsche Schwein geschlachtet, Nazi-Deutschland und nicht die Sowjetunion! Zurück zum Kern der Frage. Es war also nicht nur möglich, sondern angesichts der tödlichen Gefahren auch nötig, die gesamte Politik - wie ich zu zeigen versuche -, nicht nur die Innen-, sondern auch die Außenpolitik auf eine völlig neue Grundlage zu stellen.

Diese Voraussetzungen sind bei der Volksfrontorientierung zu beachten, dies nicht zu tun, führt zu schweren, nicht nur sektiererischen Fehlern.

In der Kritik wird auf angeblich unersetzliche Prinzipien verwiesen, gegen die der Kongress verstoßen habe. Welche sind solche unverzichtbaren Kriterien einer marxistischen Partei der Arbeiterklasse und hat der Kongress diese aufgegeben? Es ist unabdingbar, eine revolutionäre Partei der Arbeiterklasse zu schaffen, die sich am Ziel des Sozialismus/Kommunismus orientiert, das nicht ohne Erringung einer von der Arbeiterklasse geführten Staatsmacht und nicht durch eine Summierung von Reformen zu erreichen ist. Diese Prinzipien wurden durch die Volksfrontorientierung nicht aufgehoben. Das zeigte sich doch auch daran, dass auf der Linie der Beschlüsse des Kongresses solche Orientierungen lagen, wie sie nach 1945 erarbeitet wurden und etwa für die deutschen Kommunisten in der "Brüsseler Konferenz" beschlossen wurden. Solche Herangehensweisen kennzeichneten doch auch Konzeptionen besonderer nationaler Wege oder jener der Volksdemokratie, der fortschrittlichen Demokratie, der nationalen Demokratie in anderen befreiten Staaten Osteuropas.

Ich würde der Bewertung des Kongresses durch Harald Neubert nur bedingt zustimmen, wenn er schreibt: "Was beschlossen wurde ... war in der Taktik eine tiefgreifende, in der generellen Strategie und Programmatik eine halbherzige, widerspruchsvolle Wende. Sie betraf im Wesentlichen den Übergang vom zuvor propagierten Kurs des unmittelbaren Kampfes für die proletarische Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats, für den Sozialismus also, mit der Denunzierung der Sozialdemokratie als Hauptfeind, zu einer breiten Einheits- und Volksfrontpolitik zusammen mit der Sozialdemokratie und anderen Volkskräften bis hinein ins bürgerliche Lager, zum Kampf gegen Faschismus und Krieg und zur Verteidigung der bürgerlichen Demokratie."⁸

Die erwähnte Halbherzigkeit würde ich allenfalls bezogen auf Stalins Verhalten akzeptieren. Für ihn sollten solche Korrekturen offensichtlich keine grundsätzliche neue Politik bedeuten, sondern nur die Art und Weise die Durchsetzung einer an sich richtigen Politik betreffen. Diese Lesart wurde ja beibehalten und bedeutete, die grundlegende Korrektur des VII. Weltkongresses nicht wirklich zu akzeptieren. Dies drückte sich dann auch darin aus, dass in späteren Ausgaben der "Fragen des Leninismus" und in der "Geschichte der KPdSU. Kurzer Lehrgang" dieser Weltkongress und die damals vorgenommenen Korrekturen nicht einmal erwähnt wurden. Aber die grundlegenden Beschlüsse des Kongresses selbst bedeuteten nach meiner Einschätzung eine wirkliche Korrektur der Politik, der Strategie und Taktik, wie sich auch darin zeigt, dass sich auf dieser Grundlage die KPD mit der "Brüsseler Konferenz" und dann nach 1945 an dieser korrigierten Politik orientierte.

Ich will mich nur einer einzigen Frage zuwenden, die sich im Zusammenhang damit stellt, die aber bis heute wie ein schwerer Brocken zwischen verschiedenen revolutionären antikapitalistischen Kräften liegt. Dabei sollte es nicht darum gehen, die Schlachten der Vergangenheit neu zu schlagen, sondern es wäre zu untersuchen, ob es im Zusammenhang mit dem, worüber ich noch etwas sagen möchte, Fehler gegeben hat, aus denen zu lernen wäre. Es geht um Spanien, 1936 und die folgenden Jahre.

Worüber herrscht Einigkeit? Über die Bewertung des Putschs und des Franco-Regimes. Über das Verhalten der "Nichteinmischungs"-Mächte und -Politik. Über die schwerwiegenden Folgen des Sieges der Faschisten für die weitere Politik in Europa.

Worüber gibt es keine Übereinstimmung? Im Kern über die Frage, um welches Ziel der Kampf gegen die Faschisten geführt werden sollte. Gegenüber standen sich die beiden Konzeptionen: Klasse gegen Klasse, folglich Kampf um die sozialistische Revolution, die Errichtung des Sozialismus in Spanien und die sich an der Volksfront orientierenden Kräfte, denen es um die Abwehr des Faschismus auf spanischem Boden, um die Verteidigung der bürgerlichen Republik ging. Beide Orientierungen müssen auch im internationalen Kontext beurteilt werden. Die sich an der "Nichteinmischung" ausrichtenden Westmächte haben letztlich dem Faschismus nicht nur in Spanien zugearbeitet. Die Sowjetunion musste damit rechnen, dass der Sieg des Sozialismus auf spanischem Boden den Zusammenschluss der imperialistischen Westmächte gegen den Sozialismus, gegen die Sowjetunion verstärken würde. Diese Gefahr abzuwenden lag im Interesse nicht nur der Sowjetunion. Faktisch lief das darauf hinaus, die spanische Revolution auf den Kampf um die bürgerliche, möglichst weit nach links hin zu drückenden Republik, auf das Bündnis der sich darauf konzentrierenden Kräfte zu orientieren, die Versuche, diese durch das Weitertreiben des Freiheitskampfes zum Sozialismus mit den daraus sich ergebenden internationalen Konsequenzen zu verhindern. Ganz davon abgesehen, ob in Spanien gesellschaftlich bereits wesentliche Bedingungen für eine sozialistische Revolution gegeben waren.

In diese komplizierten Bedingungen wirkten die Prozesse in Moskau hinein, auch das Verhalten sowjetischer Sicherheitskräfte und politischer Berater in Spanien erwies

sich als äußerst schädlich. Diese Aspekte der Probleme sind bisher von der marxistisch-leninistischen Geschichtsforschung ungenügend aufgearbeitet, was damit zusammenhängen dürfte, dass dies nicht ohne Kritik an der Durchsetzung der von Moskau ausgehenden Aktivitäten möglich ist.

Eine Frage, die ich hier nicht behandeln, aber doch wenigstens erwähnen möchte, wäre, ob die weitgehenden Beschlüsse, Konzeptionen usw. des VII. Weltkongresses über die unmittelbaren Jahre nach 1945 hinaus - also über die Jahre der volksdemokratischen Orientierungen hinaus - noch beachtet wurden, ob es und wenn Ja, wann und warum es zum Abbrechen dieser Entwicklungen gekommen ist. Zu erinnern ist an die jähe Wendung gegen Ende der vierziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, als Shdanow die Losung ausgab: "Wer nicht für uns ist, ist wider uns!" Das war die Rückkehr zu einer Version des Kampfes Klasse gegen Klasse und sie hat dazu geführt, dass uns viele wichtige Bündnispartner verließen. Entsprach diese Wendung eigentlich der damaligen sowjetischen Deutschlandpolitik? Auch, wenn man bedenkt, welche Folgen (Beispiel Field-Affäre) dies für eine Reihe kommunistischer Parteien, darunter auch die KPD hatte! Unsere eingangs von mir geschilderte Vorgehensweise in der Erarbeitung unserer Programmatik bedeutet, sich von dieser pseudoradikalen Politik abzuwenden. Wir haben uns darum bemüht, Lenins Hinweise über notwendige Zwischenschritte, Etappen auf dem Weg zum Sozialismus zu beachten. Das Ergebnis ist unser Programm, unsere Strategie des antimonopolistischen Kampfes.

Anmerkungen

- 1 Protokoll des VI. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Band I, S. 448.
- 2 Harald Neubert, Die internationale Einheit der Kommunisten. Ein dokumentierter historischer Abriss, Neue Impulse Verlag 2009, S. 102.
- 3 Pierre Frank, Geschichte der Kommunistischen Internationale, Band 2, S. 616 ff.
- 4 Palmiro Togliatti (Ercoli), Protokoll des VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Stuttgart 1976, S. 423 f.
- 5 Georgi Dimitroff, ebenda, S. 363.
- 6 W. I. Lenin, Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus. In: Werke, Bd. 31, Berlin 1959, S. 56.
- 7 Georgi Dimitroff, a.a.O., ebenda.
- 8 Harald Neubert, a.a.O., S. 108.

Dr. Stefan Weber

Die "Brüsseler Konferenz" der KPD

Acht Wochen nach dem VII. Weltkongress der Komintern trafen sich in Kunzewo bei Moskau etwa 50 Personen, darunter 34 Delegierte sowie Gäste und Vertreter kommunistischer Bruderparteien zu einer Parteikonferenz. Als "Brüsseler Konferenz" der KPD bezeichnet, wurde sie später als 13. Parteitag in ihre Geschichte eingegliedert.

Der offizielle Vertreter des Exekutivkomitees der KI, Palmiro Togliatti, damals Ercoli genannt, betonte in seiner Rede, die Aufgabe der Konferenz sei, ausgehend von einer sachlichen Analyse der Lage in Deutschland, einer konkreten Einschätzung der Kräfte der Partei und einer gründlichen Selbstkritik der eigenen Fehler, vor allem seit der Errichtung der faschistischen Diktatur, ein politisches Programm auszuarbeiten als Basis für die Zusammenfassung all der Kräfte, die gegen den Faschismus kämpfen wollen, um so die Voraussetzungen für den Sturz des Hitlerregimes in Deutschland zu schaffen.

Als Ausgangspunkt für die Lösung dieser Aufgabe war notwendig zu begreifen, dass die Strategie und Taktik der KPD zur Abwehr der faschistischen Gefahr 1933 gescheitert war, ihr Kurs auf die Schaffung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Massen in scharfer Frontstellung gegen die SPD-Führung, die Diffamierung der sozialdemokratischen Politik als sozialfaschistisch, alles verbunden mit der Zielstellung Räte- bzw. Sowjetdeutschland. Er war ebenso gescheitert wie der politische Kurs der Sozialdemokratischen Partei, des Tolerierens und Paktierens mit den Präsidialregierungen, die Politik des kleineren Übels, der Irrglauben, mit parlamentarischen Winkelzügen ohne Massenmobilisierung die immer stärker nach rechts abdriftende Weimarer Republik gegen die Angriffe "von rechts und links" retten zu können.

Auf kluge Bündnispartner aus dem Bürgertum, die damals besorgt sagten, was notwendig gewesen wäre, wurde nicht gehört. Schon Ende 1930 schrieb Carl von Ossietzky in der "Weltbühne": "Der Kampf gegen den Fascismus liegt heute allein bei der sozialdemokratischen und der kommunistischen Partei. Das Bürgertum mag dazu einige beachtliche Kräfte stellen, organisierte Potenzen hat es nicht mehr aufzuweisen ... Finden die beiden sozialistischen Parteien nicht in einer gemeinsamen Abwehrfront zusammen, dann gibt es gegen den Fascismus keinen Halt mehr. Der Staatsapparat, ohnehin reaktionär und unrepublikanisch, ist zu seiner auch offiziellen Aufnahme bestens vorbereitet."¹ Und speziell an die Adresse der KPD gerichtet hieß es ein Jahr später, ihr ärgster Fehler sei, "daß sie eine Revolutionsromantik nährt, für die kein realer Boden vorhanden ist".² Es dauerte noch Jahre, bis dieser ärgste Fehler eingesehen und korrigiert wurde.

Zweifellos war man in der KPD besonders 1932 bemüht, über die starre Orientierung auf die Einheitsfront von unten hinweg auch mit sozialdemokratischen Funktionären und Organisationen gemeinsames Auftreten gegen faschistische Umtriebe zu organisieren, und das mit örtlichen Erfolgen. Erinnert sei nur an die Aussprache Ernst Thälmanns mit zwanzig sozialdemokratischen Funktionären am 8. Juli 1932 und an die vielen Aktivitäten im Rahmen der "Antifaschistischen Aktion". Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur verstärkte die KPD ihre Bemühungen, gemeinsames Handeln beider Parteien und der Gewerkschaften zu erreichen. Es gab Appelle und Angebote, frei von diffamierenden Schlagworten - sie gab es auch nicht in der Rede Thälmanns auf der letzten größeren Tagung der Parteiführung am 7. Februar 1933 in Ziegenhals.

Erwähnt sei besonders das dem Parteivorstand der SPD am 14. März 1933 direkt unterbreitete Angebot, in einem gemeinsamen Aufruf die Werktätigen und besonders die Kommunisten und Sozialdemokraten zum gemeinsamen Widerstand gegen das faschistische Regime aufzurufen, wobei die KPD erklärte, sie werde "sich für die Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Kapital und den Faschismus jedes Angriffes auf die Sozialdemokratie enthalten"³.

Selbst dieses weitgehende Angebot wurde zurückgewiesen. Der Abwarte- und Stillhaltekurs der SPD-Führung trug sicher dazu bei, dass sich in der KPD die linkssektiererischen Positionen wieder verfestigten. Auch der scharfe Konfrontationskurs gegen die SPD, den das XIII. EKKI-Plenum im Dezember 1933 unter aktiver Mitwirkung der KPD-Delegierten einschlug, hatte weitere negative Auswirkungen.

So vergab die KPD-Führung Anfang 1934 die große Chance, klug auf die Proklamierung des Manifestes "Kampf und Ziel des revolutionären Sozialismus" durch den in Prag sitzenden Parteivorstand der SPD zu reagieren. In diesem Prager Manifest, "eines der progressivsten Programmdokumente der deutschen Sozialdemokratie von historischem Rang"⁴, heißt es unter anderem: "Der Kampf zum Sturz der Diktatur kann nicht anders als revolutionär geführt werden. ... Die Einigung der Arbeiterklasse wird zum Zwang, den die Geschichte selbst auferlegt."⁵ Ausführlich wurde dargelegt, was nach dem Sturz des Faschismus anders als in der Weimarer Republik gelöst werden

müsse. Statt hier anzuknüpfen, jawohl, damit sind wir voll einverstanden, schätzte die KPD-Führung in einer Entschließung zur Lage in Deutschland und zur XIII. EKKI-Ta-gung das Manifest lediglich als scheinradikales Betrugsmanöver ein.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur und die schwere Niederlage der Arbeiter-klasse in Deutschland, die man sich zunächst nicht eingestand, sondern nur als zeit- weiligen Rückzug eingeschätzt hatte, sowie das Anwachsen faschistischer Umtriebe in anderen europäischen Ländern warfen neue Fragen und Probleme auf, forderten neue Antworten, die allerdings nicht von der KPD als der stärksten kommunistischen Partei in der kapitalistischen Welt kamen.

Es war Georgi Dimitroff, der nach seiner Freilassung nach dem Reichstagsbrand- prozess im Frühjahr 1934 in Moskau die Initiative dazu ergriff. (Robert Steigerwald hat in seinem Vortrag über den VII. KI-Kongress das Nötige dazu ausgeführt.) Doch in der KPD wurden die neuen Impulse nicht sofort und zunächst auch nur von Wilhelm Pieck und besonders von Walter Ulbricht aufgegriffen. Dabei ging es zunächst um die Ein- schätzung der Linken in der SPD um Siegfried Aufhäuser und Karl Böchel, beide Mit- glieder des Parteivorstandes der SPD. Beide waren seit längerem immer entschiede- ner gegen die Politik des Parteivorstandes aufgetreten und hatten bekundet, dass die deutsche Sozialdemokratie nur in Einheitsfront mit der KPD Erfolg haben werde. Beide wurden wenig später, im Januar 1935, aus dem PV ausgeschlossen. Ulbricht hatte mit Aufhäuser eine öffentliche Einheitsfrontdebatte in der Presse vereinbart und ihm, der in der "Weltbühne" seine Auffassung dargelegt hatte, in der "Baseler Rundschau" geant- wortet, dabei den Willen Aufhäusers zur Schaffung der Einheitsfront begrüßt und be- kräftigt, dass auch die KPD den Kampf gegen Hitler gemeinsam mit der SPD führen will. Doch in der "Rundschau" war eine Woche vorher ein Artikel von Wilhelm Florin erschienen, der in alter Manier die Mehrheit des Parteivorstandes als sozialfaschistisch diffamierte und die Linken in der SPD als besonders gefährlich charakterisierte. Über die gegensätzlichen Einschätzungen der SPD und den Dialog Ulbrichts mit Aufhäuser kam es im Herbst 1934 zu harten Auseinandersetzungen in der Parteiführung, die das EKKI schließlich zum Eingreifen veranlasste.

In Moskau kam es im Januar 1935 erneut zu heftigen Auseinandersetzungen zwi- schen Pieck und Ulbricht einerseits und Florin, Hermann Schubert, Fritz Schulte und Franz Dahlem. Vor allem durch Togliattis Auftreten wurde man sich einig, dass eine Neuorientierung der KPD überfällig sei. In der Resolution des ZK der KPD "Proletari- sche Einheitsfront und antifaschistische Volksfront zum Sturze der faschistischen Dik- tatur" wurden die Ergebnisse der Beratung festgeschrieben. Offener als bisher wurden die Fehler und Schwächen der Partei aufgedeckt und dem Sektierertum und doktrinä- ren Schematismus der Kampf angesagt. Notwendig sei eine kühne Wendung im Rin- gen um die proletarische Einheitsfront, die in breitem Maßstab mit sozialdemokrati- schen Gruppen und Organisationen zu entfalten sei. Neu in einem zentralen KPD-Do- kument war die Orientierung auf eine antifaschistische Volksfront, die jedoch noch mit dem Ziel "freies sozialistisches Deutschland" verbunden war, obwohl Florin, Gottwald und andere in den Diskussionen vorher darauf hingewiesen hatten, dass die Losung Volksfront nicht mit der Orientierung auf ein Räte-Deutschland zusammenpasse.

Beschlossen wurde in Moskau auch, nach dem VII. Weltkongress eine Parteikonfe- renz durchzuführen, an der neben den 25 Delegierten zum Weltkongress zehn weitere Delegierte aus dem Lande teilnehmen sollten.

Anfang Februar 1935 fuhren Ulbricht und Dahlem zurück nach Prag, von wo aus sie, gestützt auf die Abschnittsleitungen in anderen Ländern und die Bezirksleitungen im Lande, die Wahl weiterer Delegierter organisierten. Auch konnten sie in Prag und an- deren Orten Kontakte zu sozialdemokratischen Funktionären und Organisationen her- stellen. Mehrfach unterbreiteten sie auch dem Parteivorstand der SPD Angebote, so

unter anderem für die Bildung gemeinsamer Hilfskomitees zur Unterstützung der Opfer des faschistischen Terrors, die jedoch zurückgewiesen wurden. Rechtzeitig kehrten sie nach Moskau zurück, um am VII. Weltkongress teilzunehmen.

Noch während des Weltkongresses begann die unmittelbare Vorbereitung der Parteikonferenz. Schon am 11. August beschloss das Polbüro die Bildung von fünf Kommissionen zur Ausarbeitung der Referate und der übrigen Konferenzdokumente, jeweils geleitet von den späteren Referenten. Es waren: 1. Tätigkeitsbericht des ZK: Pieck; 2. Kongressbericht: Florin; 3. Gewerkschaftsfrage: Ulbricht; 4. Jugendfrage: Ackermann; 5. Innerparteiliche Fragen: Dahlem. Kommission 1 und 2, die sich zwangsläufig stärker überschneiden mussten, ergaben sich vor allem daraus, dass erst später entschieden wurde, wer an die Spitze der Partei treten sollte. Am 7. September wandte sich Pieck an Dimitroff und Manuilski mit dem Vorschlag, "daß Ihr jetzt schon dem Genossen Florin und später dem Kollektiv der neuen Führung zu erkennen gebt, dass ich in diesem Kollektiv eine besonders verantwortliche Position habe"⁶.

Eine vom EKKI-Sekretariat eingesetzte Kommission, der Dimitroff, Manuilski und Togliatti angehörten, beriet in den nächsten Wochen die Arbeit der Kommissionen und äußerte sich zum Teil sehr kritisch zu den ersten Ausarbeitungen. Die Diskussionen darüber gingen bis kurz vor Konferenzbeginn und bewirkten, dass die Konferenzmaterialien weitaus kritischeren Charakter gewannen, als die ersten Entwürfe aufwiesen.

Eine Bemerkung zu Togliatti: Er hatte als verantwortlicher Sekretär des EKKI mit seinem Drängen auf eine nüchterne Analyse der Lage in Deutschland, insbesondere des Faschismus, seiner Machtmechanismen und seines Masseneinflusses, sowie mit seinen konkreten Vorschlägen für Inhalt und Methoden einer breiten Einheitsfront- und Volksfrontpolitik wesentlichen Anteil an der Vorbereitung und am Verlauf der Konferenz.

Am 3. Oktober begann die Parteikonferenz, an der rund 50 Personen teilnahmen, darunter 36 Delegierte, von denen fast jeder zum Teil längere Zeit illegal im Lande gearbeitet hatte. Als Gäste waren Vertreter der Bruderparteien aus Großbritannien, Frankreich und China anwesend. Das EKKI war durch Manuilski und Togliatti vertreten. Auch einige Mitarbeiter des Politbüros nahmen teil.

Zu inhaltlichen Schwerpunkten der Konferenz

Ausgangspunkt und zentrales Anliegen der Debatten über die Strategie und Taktik der KPD war, einen Durchbruch bei der Schaffung der Einheitsfront mit der sozialdemokratischen Partei zu erreichen. Sie nahm auch den breitesten Raum ein. Wilhelm Pieck würdigte in seinem Bericht die Erfolge der Partei bis 1933, ihr Erstarben und ihren wachsenden Einfluss auf die Massen, stellte aber auch fest, dass sie in ihrer strategischen Orientierung und ihren taktischen Maßnahmen ernste Verfehlungen beging. Als schwersten Fehler schätzte er ein, dass man es nicht vermocht habe, "als die faschistische Gefahr immer stärker in den Vordergrund trat ..., unseren Kampf gegen die Sozialdemokratie in ein richtiges Verhältnis zu dem Kampf gegen den angreifenden Faschismus zu bringen"⁷.

Das Festhalten an der Kennzeichnung der Sozialdemokratie als sozialfaschistisch bis 1934 und die Politik gegenüber den linken Sozialdemokraten, die man als die gefährlichsten Gegner der Einheitsfront charakterisiert hatte, wurden als falsch und als schwere sektiererische Fehler verurteilt, und die Gegenüberstellung der Einheitsfront von unten und der Einheitsfront von oben wurde als schematisch und unrealistisch gewertet.

Doch Auffassungen wie die SPD trage die historische Verantwortung für den Sieg des Faschismus in Deutschland, oder wie Pieck in seinem Bericht betonte: "Die histori-

sche Wahrheit ist, dass nicht die KPD, nicht der Kommunismus, nicht der Weg der proletarischen Revolution versagt haben, sondern der Weg der SPD, der Weg ihrer Klassenzusammenarbeit mit der Bourgeoisie, der Weg ihrer Koalitionspolitik"⁸, veranlassten etliche Delegierte zu fordern, dass die eigenen Fehler schonungslos aufgedeckt werden. So trat Karl Mewis dafür ein offen einzugestehen, dass das Verhältnis der KPD zur SPD nicht erst nach der Errichtung der faschistischen Diktatur, sondern auch schon vorher falsch war. Entschieden müsse auch mit jeglicher "Entlarvungspolitik" Schluss gemacht werden. Herbert Wehner verlangte, schonungslos aufzuräumen mit der "unerhörten Verantwortungslosigkeit", indem man der SPD immer wieder einen Keulenschlag versetze durch Aufrufe, mit den sozialdemokratischen Führern zu brechen und sie davon zu jagen, wie in der "Roten Fahne" zu lesen war.⁹ Gewarnt wurde davor, einseitig von der historischen Schuld der Sozialdemokratie zu reden; vielmehr müsse man erkennen, dass der Widerstand bei Sozialdemokraten gegen eine Einheitsfront auch auf eigene Fehler zurückzuführen ist, die von der KPD begangen wurden. Mehrfach wurde in diesem Zusammenhang direkt auf die Teilnahme der Partei am Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte Preußenregierung im August 1931 verwiesen.

Bekräftigt wurde der ehrliche und ernste Wille, mit den sozialdemokratischen Mitgliedern und der sozialdemokratischen Partei eine gemeinsame Kampffront zu schaffen, "die auf gleichen Rechten und Pflichten beruht"¹⁰. Erneut sollte dazu nach der Konferenz an den Parteivorstand der SPD herangetreten werden.

Kritisch wurde auf der Konferenz auch die bisherige Gewerkschaftspolitik überprüft und neu orientiert. In ihren Referaten untersuchten Pieck und Ulbricht den widerspruchsvollen Weg auf diesem Gebiet, den die KPD nach der Gleichschaltung des ADGB und der Kapitulation der Gewerkschaftsführung Anfang Mai 1933 gegangen war, und der über die RGO und den versuchten Aufbau unabhängiger Klassengewerkschaften in eine sektiererische Sackgasse geführt hatte. Jetzt gehe es um die Verteidigung der elementaren Rechte der Arbeiter, die in der DAF zwangsweise erfasst sind. Dazu sollten die freigewerkschaftlichen, sozialdemokratischen, katholischen und kommunistischen Arbeiter gemeinsam und organisiert in der DAF versuchen, gewerkschaftliche Interessen zu vertreten und so einheitliche freigewerkschaftliche Gruppen aufzubauen. Paul Merker, vor 1933 ein führender Gewerkschaftspolitiker der Partei, charakterisierte die freigewerkschaftliche Arbeit als lose Zusammenfassung der aktivsten Arbeiter in der DAF und deren gewerkschaftliche Aktivität.

In engem Zusammenhang damit wurde die komplizierte "Taktik des Trojanischen Pferdes", wie sie Dimitroff auf dem VII. KI-Kongress entwickelt hatte, auch für die KPD als unumgänglich eingeschätzt und vor allem von Ulbricht in seinem Referat ausführlich erläutert. Die Arbeit unter den Mitgliedern der NS-Massenorganisationen sollte nicht von der Warte eines sich abgrenzenden "Außenseiters" geführt werden, sondern Kommunisten sollten Mitgliedschaft und Funktionen in Massenorganisationen ausnutzen, an den Vertrauensrätewahlen teilnehmen und so, den legalen bzw. halblegalen Bewegungsspielraum nutzend, Bewegungen der Arbeiter organisieren und die Nazi-diktatur destabilisieren. Gegen diese Taktik, die zwar allgemein akzeptiert wurde, gab es jedoch starke Widerstände, wie bereits Diskussionsbeiträge einiger Delegierter zeigten und die auch spätere Reaktionen kommunistischer Gruppen in Deutschland belegen. Sie betrafen nicht nur Probleme des Ehrgefühls und des Ansehens des einzelnen Kommunisten. Sie erwachsen auch aus den begründeten Zweifeln, dass es in der deutschen Realität möglich wäre, Funktionen in Massenorganisationen mit der Wirkung zu besetzen, das Regime zu schwächen. Vielmehr befürchtete man, zu aufwertenden Illusionen über diese Organisationen beizutragen. Für die größte Organisation, die DAF, konnte diese Taktik auch nicht realisiert werden. Mit dem Verbot der selbst

stark eingeschränkten Vertrauensrätewahlen - 1934 hatte die KPD sie boykottiert, an den letzten 1935 noch teilgenommen - und der fortschreitenden Einengung und Ausrichtung der DAF in den Betrieben auf politisch-ideologische Repräsentanz und Beeinflussung, auf Betriebsappelle, Betriebsfeiern, Schulungen und anderes mehr verlor die Orientierung des "Trojanischen Pferdes" auch bald ihren realistischen Bezug.

Zur Entwicklung der Volksfrontkonzeption

Gestützt auf die erzielten Erkenntnisfortschritte bei der Analyse der Lage in Deutschland - die zwar nicht frei waren von überzogenen und vereinfachten Einschätzungen, man zum Beispiel eine schnelle Zuspitzung von ökonomischen und politischen Widersprüchen und ein rascheres Anwachsen der Unzufriedenheit breiter Massen erwartete - schlussfolgerte die Konferenz, dass es möglich sei, größere Bevölkerungsteile längerfristig für eine Opposition gegen das Naziregime zu mobilisieren.

Deutlich wurde zugleich festgestellt, dass ohne den Zusammenschluss aller oppositionellen Kräfte und die Schaffung einer Volksfront der Sturz der Nazidiktatur nicht erreicht werden könne. In der Diskussion über eine Volksfront ging es um die städtischen kleinbürgerlichen und mittelständischen Schichten, die katholischen Bevölkerungsteile und ihre Organisationen, um oppositionelle bürgerliche Politiker und Intellektuelle und auch die in Opposition zum Hitlerregime stehenden Kräfte im bourgeois Lager. Dabei wurden durchaus zutreffend die Differenzpunkte der verschiedenen oppositionellen Kräfte analysiert sowie deren gemeinsame Interessen aufgezeigt. Kritisch hinterfragt wurden auch bisherige Praktiken, die Anerkennung der Hegemonie der Kommunisten in einem Bündnis anzustreben, Forderungen von Bündnispartnern, die von den Kommunisten nicht geteilt wurden, gering zu schätzen und, in sektiererischer Enge, Möglichkeiten von gemeinsamen Aktionen mit für Kommunisten ungewöhnlichen Partnern, wie zum Beispiel mit katholischen Organisationen oder bürgerlichen Politikern, nicht zu suchen.

Vor allem von Pieck und Florin wurden in ihren Berichten Überlegungen für eine politische Plattform einer deutschen Volksfront entwickelt. Florin gruppierte seine detaillierten Vorschläge um vier Forderungen: Freiheit, Frieden, Brot und Volksherrschaft. Er versicherte, man werde "jeden Vorschlag annehmen, von welcher Seite er auch kommen mag, wenn er nur der Einheitsfront gegen den Faschismus dient. Wir sind auch bereit, wesentliche Teile des [Prager] Manifestes vom Januar 1934 anzunehmen als Grundlage für den einheitlichen Kampf für gemeinsame Forderungen."¹¹ Pieck wandte sich unter anderem gegen die Auslegung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses durch den Parteivorstand der SPD, wonach die Kommunisten "die bisher verfemte Koalitionspolitik mit bürgerlichen Parteien akzeptiert"¹² hätten, und hielt dem entgegen, die Volksfrontorientierung sei das Gegenteil. Es gehe um eine Regierung des Kampfes gegen das Finanzkapital, gegen den Faschismus, gegen die Reaktion. Damit wurde praktisch die in späteren Beratungen über die Volksfront allgemein anerkannte Prämisse benannt: Kein Zurück zu Weimarer Verhältnissen! Übereinstimmend mit Pieck versicherte Florin, man werde "für eine aus freier Wahl hervorgehende Nationalversammlung des deutschen Volkes als die Vollstreckerin des Willens der breitesten Massen"¹³ eintreten. Dieser Gedanke wurde auch in den von der Konferenz beschlossenen Manifestentwurf aufgenommen, in dem es hieß: "Das deutsche Volk soll frei entscheiden, welche Regierung es an die Stelle der Hitlerdiktatur setzen will. ... Wir werden dafür kämpfen, daß die Volksmassen eine Nationalversammlung bilden, daß wirksame Maßnahmen gegen den Faschismus, gegen die Kriegstreiber ergriffen werden."¹⁴

Am 12. Dezember 1935 wurde das Manifest in der Baseler "Rundschau" veröffentlicht. Die Endredaktion war der neu gewählten Führung übertragen worden. Jetzt fehlte zwar die Nationalversammlung, dafür wurde "eine Regierung der Einheitsfront oder

Volksfront ... als möglich und notwendig" vorgeschlagen und erklärt: "Wir Kommunisten werden unter jeder Regierungsform für die Interessen der werktätigen Massen kämpfen."¹⁵ So gelang es der Konferenz, in Ansätzen allgemeindemokratische Zielvorstellungen für die Beseitigung der faschistischen Diktatur zu entwickeln. Die Fragen, was kommt nach Hitler, welche alternativen Staatsformen sind möglich, um alle Hitlergegner für den gemeinsamen Kampf zu einen, und wie stellt sich die KPD dazu, wurde nach der Konferenz ausführlich mit den Volksfrontpartnern beraten.

Zur Neuorientierung der Jugendarbeit

Ein radikaler Kurswechsel wurde für die Jugendarbeit beschlossen. Anton Ackermann, Referent zu diesem Thema, stellte zunächst fest: Der KJV ist schwach, in sich abgeschlossen, betrachtet sich ausschließlich als politische Organisation und ignoriert meist die wirtschaftlichen, kulturellen und sonstigen Bedürfnisse der Jugend. Jetzt sei es notwendig, sich ganz auf die Jugend, so wie sie ist, einzustellen. Das erfordere, Kurs auf die Schaffung einer einheitlichen antifaschistisch-demokratischen Massenorganisation zu nehmen, in der Jugendliche unabhängig von weltanschaulichen, religiösen und sonstigen Unterschieden vereint werden können. Auch die beiden Jugendvertreter, Walter Hänel, Vorsitzender des KJVD, und Robert Lehmann unterstützten diese Linie. Ackermann betonte aber, dass die Partei, auch wenn sie künftig keine eigenständige Jugendorganisation haben werde, im Ringen um die Jugend nicht nachlassen dürfe.

Nach der Konferenz gelang es bei vorläufiger Beibehaltung der organisatorischen Selbständigkeit und des Eigenlebens, vor allem in westlichen Exilländern kommunistische, sozialdemokratische und andere Gruppen zu Jugendgemeinschaften zusammenzuschließen, die sich meistens Freie Deutsche Jugend nannten.

Erwähnt muss auch werden, dass es auf der Konferenz an einigen Tagen zu scharfen Auseinandersetzungen über die Fehler und Versäumnisse der Parteiführung nach Errichtung der faschistischen Diktatur und die Verantwortung einzelner Genossen dafür kam, wobei man, wie formuliert wurde, auch bemüht war, alte Rechnungen zu begleichen. Dieser, vor allem von Schubert und Schulte ausgelöste Streit, in den sich auch Ulbricht und Florin stark hineinziehen ließen, wurde von vielen Delegierten kritisiert, und Togliatti verurteilte ihn als "nur zum Schaden der Partei" und erklärte, man werde diesen alten Gruppenkampf nicht weiter zulassen.¹⁶ Ich erwähne diese Seite der Konferenz, weil sie nach Erscheinen des Protokolls in manchen Kreisen besondere Beachtung gefunden hat.

In seiner Rede am 9. Sitzungstag appellierte Togliatti, die Kräfte des Faschismus richtig einzuschätzen, weil in deren Unterschätzung "die Hauptquelle aller politischen und taktischen Fehler ... der Partei ... vor und nach der Aufrichtung der Hitlerdiktatur" zu finden sei. Er forderte, "alles offen zu untersuchen, worauf sich der Faschismus stützt, wo seine Kräfte liegen und wo seine Schwächen"¹⁷. Neben dem Terror gelte es auch, die anderen Kraftquellen des faschistischen Regimes zu beachten. All dies bedeute aber nicht, dass der Faschismus eine feste Diktatur sei. Auch seine Schwierigkeiten müsse man ausnutzen, ebenso, dass seine Massenbasis nicht homogen ist und es den Faschisten nicht gelungen ist, die Hauptmassen der Arbeiterschaft für sich zu erobern. Ausführlich äußerte sich Togliatti zu den Aufgaben der Partei, vor allem zur Ausarbeitung einer konkreten politischen Plattform der antifaschistischen Volksfront, die er "eine der schwierigsten"¹⁸ Aufgaben der Konferenz nannte, und er riet, dabei auch alle Delegierten aus dem Lande einzubeziehen.

Am letzten Konferenztag wurde die Resolution "Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller freiheitsliebenden Deutschen für den Sturz der Hitlerdiktatur" und ein Manifest "An das deutsche Volk", ein Appell, sich zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus zusammenzuschließen, einmütig verabschiedet.

In einer geschlossenen Sitzung wählte man schließlich das Zentralkomitee neu. Ihm gehörten an als Mitglieder: Anton Ackermann, Paul Bertz, Franz Dahlem, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Walter Hähnel, Fritz Heckert, Paul Merker, Willi Münzenberg, Wilhelm Pieck, Elli Schmidt, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht, Herbert Wehner, Heinrich Wiatrek; als Kandidaten: Wilhelm Knöchel, Wilhelm Kowalski, Karl Mewis. Wilhelm Pieck wurde einmütig - für die Zeit der Haft Ernst Thälmanns - als Vorsitzender der Partei gewählt. Gewählt wurde ebenfalls eine sechsköpfige Kontrollkommission: Philipp Daub, Adolf Deter, Wilhelm Koenen, Hermann Nuding, Siegfried Rädcl, Sepp Schwab. Das ZK wählte anschließend das Politbüro, als Mitglieder: Franz Dahlem, Wilhelm Florin, Fritz Heckert, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht; als Kandidaten: Anton Ackermann, Herbert Wehner.

Damit wurde ein Schlussstrich unter die Auseinandersetzungen gezogen, die nach der Verhaftung Thälmanns die Geschlossenheit der Parteiführung untergraben und sie wesentlich bei der Neuorientierung der Partei nach der Errichtung der faschistischen Diktatur behindert hatten. Mit dem Ausscheiden von Hermann Schubert und Fritz Schulte - den Hauptverantwortlichen für diese Auseinandersetzungen - aus dem Zentralkomitee und Politbüro erhielt die Partei wieder ein geschlossenes und stabiles Führungskollektiv, das die Rolle Wilhelm Piecks als Vorsitzenden uneingeschränkt akzeptierte. Er stand an der Spitze der KPD bis zu ihrer Vereinigung mit der SPD im April 1946.

Zwei Anmerkungen zum 1997 erschienenen Protokoll:

1. Ergänzungen zu den biographischen Angaben von Delegierten sind enthalten in "Deutsche Kommunisten" 1918 - 1945, Hrsg. von Hermann Weber und Wolfgang Herbst.

2. Die Erklärung Heinz Neumanns an die Parteikonferenz, die verlesen, deren Aufnahme ins Protokoll aber abgelehnt wurde, ist im Jahrbuch für Kommunismusforschung 2008 veröffentlicht.

Zur Einschätzung der Konferenz

In der DDR galt die Konferenz als Beweis für die Schöpferkraft der Partei bei der Entwicklung ihrer Strategie und Taktik, und dies ohne Einschränkung. Sicher ist ihre Leistung heute differenzierter zu werten, sind auch ihre Grenzen zu nennen.

Ich teile die Einschätzung Harald Neuberts, dass Mitte der dreißiger Jahre in der Komintern "in der Taktik eine tief greifende, in der generellen Strategie und Programmatik eine halbherzige widerspruchsvolle Wende"¹⁹ vollzogen wurde, was auch voll und ganz auf die Brüsseler Konferenz zutrifft.

Nicht einverstanden bin ich mit Hermann Weber. Er akzeptiert zwar, dass die Konferenz eine neue Generallinie erarbeitete, diese sei aber ohne nennenswerte Wirkung geblieben.²⁰ Zum Teil sehr unterschiedlich gewertet wird die Konferenz auch von linken Historikern. Ihr wird zwar zugestanden, dass sie eine Zäsur im Suchen nach einem neuen Politikansatz war, die den Teilnehmern damals als Wende erschien, aber in Wirklichkeit sei sie eine verlorene Wende gewesen. Übermäßig betont werden ihre Grenzen und spätere Rückschläge. So erschien im "Neuen Deutschland" vom 17./18. Mai 1997 eine Rezension von Klaus Kinner unter der Schlagzeile "Vertane Chance führte zu grotesken Pirouetten". Und als Fazit der Entwicklung bis Ende 1939, mitverfasst vom gleichen Autor wie die ND-Rezension, heißt es, die Zustimmung und Teil-

nahme der KPD an der Stalinschen Verfolgungs- und Terrorpolitik und die "Explosion des Antikommunismus im Gefolge des deutsch-sowjetischen Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 begrub[en] die letzten Impulse der Volksfrontpolitik"²¹. Auch die BzG widmete der Brüsseler Konferenz zehn Seiten, die sich besonders mit dem Streit zwischen Schubert, Schulte, Florin und Ulbricht - vorhin erwähnt - beschäftigen. Hier wird die Konferenz schließlich zum Höhepunkt des innerparteilichen Kampfes erklärt.²² Gegen solche abwertenden Einschätzungen spricht nicht nur das, was die Konferenz an selbstkritischer Rückschau, sondern vor allem an konstruktiver Neuorientierung geleistet hat.

Da die Wirksamkeit der Einheitsfront von KPD und SPD wesentlich davon abhing, ob es gelang, auch den Parteivorstand der SPD dafür zu gewinnen, seien die Anstrengungen der KPD-Führung auf dieses Ziel hin kurz skizziert. Nach der Konferenz wurde die Führung geteilt. Ein Teil blieb in Moskau (Pieck, Florin, Heckert), ein Teil bildete als operative Gruppe ein Auslandssekretariat, das zunächst von Prag, dann von Paris aus tätig war. Diese Gruppe wurde zunächst von Ulbricht, ab 1938 von Dahlem geleitet, und ihr gehörten vom Politbüro auch Merker, Wehner und zeitweise Ackermann an. Beiden Gruppen waren ZK-Mitglieder zugeordnet und sie waren berechtigt, als Zentralkomitee aufzutreten, was 1937/1938 zu einigen Irritationen führte.

Die nach Prag Zurückgekehrten informierten in persönlichen Gesprächen Breitscheid, Vogel, Stampfer und andere führende SPD-Funktionäre über die auf der Brüsseler Konferenz beschlossene Politik und unterbreiteten dem Parteivorstand am 10. November in einem Brief ein Einheitsfront- und Verhandlungsangebot. Es ist schon interessant, was sich auf der Tagung des Parteivorstandes am 18. November zur Vorbereitung dieser Verhandlung abspielte. Wels und Geyer waren strikt gegen Gespräche. Crummenerl und Hertz plädierten für die Umwandlung der bisherigen feindlichen in freundliche Beziehungen, waren aber gegen ein Abkommen. Hertz befürchtete, "daß sich der Vorstand bei weiterer Ablehnung von Gesprächen mit den Kommunisten von den einfachen Sozialdemokraten entfremden würde"²³. Da die Mehrheit sich dem anschloss, akzeptierte schließlich Wels das Angebot - zuerst war er für das Ignorieren des Briefes -, ließ aber eine Denkschrift verfassen, in der jedes Zusammengehen abgelehnt wurde.

Am 23. November trafen sich schließlich im Haus des Parteivorstandes der SPD Ulbricht und Dahlem mit Stampfer und Vogel. Es war das erste Treffen seit zehn Jahren, seit Thälmann mit Wels über einen Volksentscheid gegen die Fürstenenteignung verhandelt hatte. Ulbricht und Dahlem begründeten die Einheitsfrontpolitik der KPD und betonten, man solle davon ausgehen, dass sowohl die KPD als auch die SPD den Sturz des Faschismus wollen und es deshalb auch möglich sein müsse, sich über die nächsten Aufgaben des gemeinsamen Kampfes zu verständigen, wobei die KPD keine Vorbedingungen stelle, sondern für völlige Gleichberechtigung und gleiche Verantwortung beider Organisationen bei Abmachungen sei. Das Treffen blieb letztlich ergebnislos. Warum, offenbart ein Brief von Paul Hertz an Hilferding, in dem es heißt: "Die kommunistischen Unterhändler sind für mich kein Ideal. Aber die Schuld am Scheitern der Verhandlungen tragen sie bestimmt nicht. Das Scheitern ist in der Vorstandssitzung bei uns beschlossen worden und es wurde durch die Auswahl der Unterhändler bekräftigt."²⁴

Um die Mitglieder und Funktionäre der Partei, Sozialdemokraten und Bündnispartner im Lande mit der auf dem VII. Weltkongress und der "Brüsseler Konferenz" beschlossenen neuen Orientierung vertraut zu machen, organisierten Ulbricht und Genossen von Prag aus unter anderem die Herstellung von Tarnschriften und ihre Einschleusung ins Land und die dortige Verteilung. Es waren meist auf Dünndruckpapier hergestellte Heftchen, Größe etwa DIN A6, die unter harmlosen Umschlagtiteln oder als beliebige

Werbeprospekte erschienen. Insgesamt wurden in acht Tarnschriften die Reden von Dimitroff, Pieck, Florin, Ulbricht und Ackermann sowie die entscheidenden Dokumente veröffentlicht. Berichte der Staatspolizeistelle in Dresden und des Polizeipräsidiums in Chemnitz bestätigten deren Auftauchen in erheblicher Anzahl.²⁵

Nach der Brüsseler Konferenz entwickelte sich ein aufgeschlossener Umgang zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Gleichzeitig verstärkte sich die Kritik seitens sozialdemokratischer Kreise an der starren Haltung ihres Parteivorstandes. Das widerspiegelte sich auch auf einer Versammlung von sozialdemokratischen Emigranten in Prag eine Woche nach der Verhandlung Ulbrichts und Dahlems mit den Mitgliedern des Parteivorstandes. Zu den etwa 90 Teilnehmern gehörten fast alle Mitglieder des Parteivorstandes. Ollenhauer, der die Haltung des Parteivorstandes verteidigte, bezweifelte den aufrechten Willen der Kommunisten zur ehrlichen Zusammenarbeit. Als er behauptete, die SPD-Kader in Deutschland würden in ihrer Mehrheit die Einheitsfront mit den Kommunisten ablehnen, erntete er stürmischen Protest.

Wenig später kam ein Beschluss: "Der Parteivorstand verpflichtet alle Grenzsekretäre, Vertrauensleute und Stützpunktleiter der Sopade, jede organisatorische Verbindung mit Kommunisten, insbesondere Abmachungen und Vereinbarungen mit kommunistischen Vertretern oder Organisationen abzulehnen."²⁶ Viele Funktionäre widersetzten sich dem Beschluss und so kam es zu fruchtbringender Zusammenarbeit mit Rudolf Breitscheid und anderen führenden Funktionären, SAP-Vertretern und bürgerlichen Hitlergegnern im Rahmen eines Ausschusses zur Bildung einer deutschen Volksfront.

Die KPD unterbreitete im Juni 1936 "Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront", die auf eine in den Grundzügen antifaschistische, demokratische Republik orientierten. Ende 1936 kam es schließlich zu einem Volksfrontaufruf, den fast einhundert Persönlichkeiten unterzeichneten, Sozialdemokraten, Kommunisten, SAP-Funktionäre, Vertreter der Intelligenz und des Bürgertums: Rudolf Breitscheid, Siegfried Aufhäuser, Albert Grzesinski, Wilhelm Pieck, Wilhelm Florin, Walter Ulbricht, Willi Brandt, Paul Frölich, Max Seydewitz, Heinrich und Klaus Mann, Lion Feuchtwanger, Arnold Zweig, die Professoren E. J. Gumbel und Anna Siemsen und viele andere.

Franz Dahlem schätzt in seinen Erinnerungen "Am Vorabend des zweiten Weltkrieges" ein, dass sich die Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialdemokraten im Lande stärker entwickelte als in der Emigration. Aber selbst wachsender Druck der Basis auf den Parteivorstand richtete nichts aus, wie sich Anfang 1937 zeigte, als drei Vertreter einer sozialdemokratischen "Zehn-Punkte-Gruppe" in Berlin, Otto Brass, Karl Siegle und Fritz Michaelis, zum Parteivorstand nach Prag fuhren, dort berichteten und für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten eintraten.

Nach den Gesprächen mit den drei Genossen stellten Vogel und Stampfer im Parteivorstand fest, dass die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten mit Kommunisten viel weiter gehe, als man bisher angenommen habe. Vogel trat dafür ein, die positiven Seiten der Zusammenarbeit stärker hervortreten zu lassen. Die SPD dürfe die Führung nicht den Kommunisten überlassen, sie müsse selbst an die Spitze treten. Stampfer erklärte, "würde die KPD sich für die Einheit einsetzen und der Eindruck entstehen, wir seien für die Fortsetzung der Holzerei, dann seien wir endgültig erledigt. Man muss doch weiter denken. Wir können Hitler nicht stürzen. Die Kommunisten sind bei diesem Kampf nicht zu entbehren. Russland und die Kommunisten sind ein Machtfaktor."²⁷ Er forderte die beiden Vorsitzenden, Wels und Vogel, auf, an künftigen Verhandlungen mit der KPD teilzunehmen. Wels erklärte aber, er werde das niemals tun. Er sorgte dafür, dass kein Beschluss gefasst und so an seiner antikommunistischen Haltung nicht gerüttelt wurde. Auf der Führungsebene erwies sich die Kluft zwischen SPD und KPD als

nicht überbrückbar. Das änderte sich auch nach dem Tod von Otto Wels im September 1939 unter Ollenhauer nicht.

Neue Schwierigkeiten ergaben sich durch die politischen Prozesse und Massenrepressalien in der UdSSR 1936 bis 1938 und deren Verteidigung durch die KPD, wodurch Vorbehalte und Misstrauen bei sozialdemokratischen und bürgerlichen Hitlergegnern gegen die KPD sich wieder verstärkten. Auch waren sie Wasser auf die Mühlen der Volksfrontgegner. Und nach dem Nichtangriffsvertrag zwischen Hitlerdeutschland und der UdSSR im August 1939 sahen sich die in Moskau sitzenden Führungskräfte der KPD zeitweilig genötigt, auf alte Frontstellungen zurückzukehren, die man 1935 korrigiert hatte.

Zur Rückbesinnung auf die Brüsseler Konferenz kam es wieder in den Kriegsjahren ab 1941 bei den im Rahmen der Bewegung Nationalkomitee Freies Deutschland entwickelten demokratischen und bündnispolitischen Zielstellungen, die nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus positiv-praktische Bedeutung erlangten und sich im Aufruf des ZK der KPD vom 11. Juni 1945 widerspiegeln.

Anmerkungen

- 1 Lipping, Alexander (Hrsg.): Der Traum der Republik. Literarische Revue über die Weimarer Republik, Köln, Pahl-Rugenstein Verl. 1988, S. 124.
- 2 Ebenda, S. 120.
- 3 Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin, Berlin, Dietz Verl. 1988, nach S. 80.
- 4 Niemann, Heinz: Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1914 - 1945, Berlin, edition Ost 2008, S. 563.
- 5 "Neuer Vorwärts", 28. Januar 1934.
- 6 Protokoll der "Brüsseler Konferenz" der KPD 1935, München, Saur Verl. 1997, S. 33.
- 7 Ebenda, S. 82.
- 8 Ebenda.
- 9 Ebenda, S. 327/328.
- 10 Ebenda, S. 128.
- 11 Ebenda, S. 146.
- 12 Ebenda, S. 98.
- 13 Ebenda, S. 171.
- 14 Ebenda, S. 827.
- 15 Ebenda, S. 831.
- 16 Ebenda, S. 632.
- 17 Ebenda, S. 632/633.
- 18 Ebenda, S. 638.
- 19 Neubert, Harald: Die internationale Einheit der Kommunisten. Ein dokumentierter Abriss, Essen, Neue Impulse Verl. GmbH, S. 108.
- 20 Siehe: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1998, S. 380 - 383.
- 21 Kinner, Klaus u. Elke Reuter: Der deutsche Kommunismus, Bd. 2: Gegen Faschismus und Krieg 1933 - 1939, Berlin 2005, S. 283.
- 22 Siehe: Kießling, Wolfgang: "Nachgedachtes zum Brüsseler Protokoll", in: BzG Heft 1, 1998, S. 96.
- 23 Buchholz, Marlies/Rother, Bernd (Hrsg.): Der Parteivorstand der SPD im Exil. Protokolle der Sopade 1933 - 1940, Bonn 1995, Beihefte zum Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 15, S. XLVI.
- 24 Ebenda, S. 141.
- 25 Vgl. Tarnschriften der KPD aus dem antifaschistischen Widerstandskampf. Originalgetreue Reproduktion von zwölf Heften aus den Jahren 1935/1936. Eingel. u. zusammengest. von Gerhard Nitzsche u. Margot Pikarski, Berlin, Dietz Verl. 1986.
- 26 Buchholz/Rother, S. 145.
- 27 Ebenda, S.186.

Dokument:**Palmiro Togliatti****Rede auf der "Brüsseler Konferenz" der KPD, 11. Oktober 1935**

Diese Rede hielt P. Togliatti (unter seinem Pseudonym Ercoli) als Vertreter des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) am 9. Sitzungstag der Konferenz, nachdem an fünf vorhergehenden Sitzungstagen bereits 33 Diskussionsredner gesprochen hatten. Nach ihm ergriffen noch 23 Diskussionsredner das Wort. Diese Rede war nicht nur von großer Bedeutung für den weiteren Verlauf und den Erfolg der Konferenz. Sie widerspiegelt auch die hohe Qualität der Unterstützung, die Togliatti - eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung des 20. Jahrhunderts - über Jahrzehnte der deutschen revolutionären Arbeiterbewegung erwies.

Diese Rede wurde erstmals veröffentlicht in: Protokoll der "Brüsseler Konferenz" der KPD 1935. Reden, Diskussionen und Beschlüsse, Moskau vom 3. - 15. Oktober 1935. Hrsg. v. Erwin Lewin, Elke Reuter u. Stefan Weber unter Mitarbeit v. M. Coburger, G. Fuchs, M. Jentsch u. R. Lewin, Teil 2, München: K. G. Saur, 1997, S. 630 - 642 (auf der Grundlage des stenographischen Protokolls der Konferenz).

Sie wird hier nach vorstehender Veröffentlichung im vollen Wortlaut wiedergegeben - ausschließlich demonstrativer Beifallsbekundungen, Hochrufe und zustimmender, bekräftigender Zwischenrufe. Anmerkungen von der Redaktion der Geschichtskorrespondenz sind (Red.) gekennzeichnet.
H. K.

Parteigenossen! Im Namen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale übergebe ich der 4. Konferenz der Kommunistischen Partei Deutschlands einen brüderlichen, flammenden Kampfesgruß.

Besonders bin ich beauftragt, eurer Konferenz den herzlichsten Gruß unseres Generalsekretärs, des Genossen Dimitroff, zu übermitteln, des Genossen, der im Leipziger Prozeß als erster den Massen der deutschen Werktätigen den Weg des Kampfes gegen den Faschismus zeigte, und der von der Tribüne unseres VII. Weltkongresses den Arbeitermassen der ganzen Welt den Weg gezeigt hat, auf dem die Arbeiterklasse den Faschismus bekämpfen und schlagen kann.

Genossen! Die Kommunistische Partei Deutschlands war bis zur Errichtung der faschistischen Diktatur nicht nur die zahlenmäßig größte Partei der Komintern in den kapitalistischen Ländern, sie war auch die Partei, die die größten Fortschritte auf dem Wege ihrer Bolschewisierung gemacht hatte. Sie verfügte über die besten und stärksten Kader. Sie hat einen proletarischen Führer wie den Genossen Thälmann, der im Kampf gegen das Sektierertum, gegen rechten und linken Opportunismus die Partei geschult und gestählt hat.

Eure Konferenz ist die erste Parteikonferenz nach dem VII. Weltkongreß der Komintern. Die Erfahrungen, die eure Partei vor und nach der Errichtung der faschistischen Diktatur gemacht hat, standen im Mittelpunkt des Kongresses. Desto verantwortlicher steht vor euch die Aufgabe der Schaffung aller Voraussetzungen zur wirklichen Durchführung der Beschlüsse des VII. Weltkongresses. Die Konferenz hat schon gezeigt, daß die Partei über genügend Kräfte verfügt, daß ihre alten und neuen Kader imstande sind, wirklich im Sinne des VII. Weltkongresses zu arbeiten und zu kämpfen. Alles das gestattet uns heute, mit voller Klarheit und Eindeutigkeit, mit bolschewistischer Aufrichtigkeit unsere kollektive Meinung zu äußern über die Lage eurer Partei, über ihre Schwächen und Mängel und über die Aufgaben, die vor ihr stehen. Vor eurer Konferenz stehen folgende vier Grundaufgaben:

1. Die konkrete sachliche Analyse der objektiven Lage Deutschlands, die richtige Einschätzung unseres Feindes, des Faschismus, seiner Kräfte und seiner Schwächen; die konkrete Analyse der Verhältnisse zwischen den Klassen im Lande und auf Grund dieser Analyse die Festlegung der nächsten Perspektive.

2. Die Ausarbeitung eines politischen Programms, auf Grund dessen alle Kräfte, die gegen den Faschismus kämpfen wollen, zusammengefaßt werden können, um eine breite antifaschistische Bewegung im Lande zu entfesseln und die Voraussetzungen des Sturzes der faschistischen Diktatur zu schaffen.

3. Die konkrete Einschätzung der Kräfte der Partei und eine gründliche, sachliche Selbstkritik der Fehler, die von der Partei gemacht wurden, besonders nach der Aufrichtung der Hitlerdiktatur, und die die Partei bis jetzt in der Schaffung einer breiten Massenbewegung gegen den Faschismus gehindert haben.

4. Die Ausarbeitung einer politischen und organisatorischen Plattform, auf Grund derer alle gesunden Kräfte der Partei im Kampfe für die Überwindung der jetzigen schwierigen Lage der Partei und für die Lösung ihrer nächsten Aufgaben zusammengefaßt werden können.

Der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale hat euch die Grundlinie zur Lösung aller dieser Aufgaben gegeben. Die Konferenz hat eine Reihe wichtiger Probleme gestellt. Aber, offen gesagt, wenn wir den Verlauf der Diskussion, die bis jetzt stattfand, betrachten, müssen wir feststellen, daß die Konferenz bis jetzt noch nicht weit genug auf dem Wege der Erkenntnis und Lösung aller ihrer Aufgaben geschritten ist.

Die letzte große Diskussion, die wir über die Fragen der deutschen Partei in den führenden Organen der Kommunistischen Internationale hatten, war die Diskussion, die im Januar [1935] vor der Politkommission und vor dem Sekretariat des EKKI stattfand. Nach dieser Diskussion konnten wir zweifellos eine gewisse Verbesserung in der Lage der Führung der Partei feststellen. Im Januar war noch die Mehrheit des Polbüros auf einer falschen Linie, die nicht im Einklang war mit der Linie der Kommunistischen Internationale. Damals haben wir ohne jede Bedenken die Minderheit des Polbüros¹ unterstützt, von der tiefen Überzeugung ausgehend, daß auf der Grundlage der Linie der Kommunistischen Internationale alle Kräfte der Partei sich vereinigen würden. Die Konferenz zeigt, daß das in Wirklichkeit geschehen kann.

Wir wissen, daß wir in dem Genossen Pieck einen der besten Garanten der treuen Durchführung der Linie des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale haben. Auch der Genosse Florin hat sich in der Konferenz vorbehaltlos auf die konkrete Anwendung der neuen taktischen Linie der Kommunistischen Internationale eingestellt. Er hat ernste Schritte gemacht, sich von denjenigen Genossen zu differenzieren, die noch nicht verstehen, daß die weitere Fortführung eines Gruppenkampfes im Polbüro für die Partei nur verderblich sein kann.

Aber, Genossen, wir müssen euch ganz offen sagen, der Streit, mit dem sich fast alle Mitglieder des Polbüros bis jetzt sehr reichlich beschäftigten, der Streit über die persönliche Verantwortung dieses oder jenes Genossen für diesen oder jenen Fehler der Partei, über die sogenannte "historische Wahrheit", das Kreuz und Quer widersprechender Erklärungen, Enthüllungen und Berichtigungen, und überhaupt die Konzentrierung der Aufmerksamkeit der Konferenz auf die verschiedenen Episoden des innerparteilichen Kampfes der Vergangenheit, das alles ist nur zum Schaden der Partei.

Die neuen, jungen Kader der Partei dürfen nicht in dieser Art und Weise erzogen werden, Gesicht und Blick der Partei müssen nach vorwärts und nicht zurück gerichtet sein. Dieser Streit über vergangene Gruppenkämpfe hat nichts zu tun mit einer wirklichen bolschewistischen Analyse ihrer Erfahrungen, zu der eine jede Partei verpflichtet ist, um daraus die notwendigen Lehren für die Entwicklung ihrer Politik zu ziehen.

Eine solche Rede, wie die des Genossen Richter [Hermann Schubert], wo fast jedes Wort dazu angetan ist, den innerparteilichen Kampf zu verschärfen, ist für die Partei nur verderblich. Mit diesem Streit über die Vergangenheit wird nur der alte Gruppenkampf weiter getrieben. Das können und werden wir nicht zulassen. Die Lage im Lande ist gespannt. Die internationale Lage ist äußerst gespannt. Ein Krieg hat begonnen, der sich umwandeln kann in einen europäischen, in einen Weltkrieg, und der deutsche Nationalsozialismus spielt in Europa die Hauptrolle in der Anstiftung eines neuen imperialistischen Krieges. Es können im Lande rasche Wendungen eintreten. Die Partei hat genug an Zeit verloren, es ist höchste Zeit jetzt, jeden Gruppenkampf zu liquidieren und sich auf die sachlichen Probleme, die vor der Partei stehen, zu konzentrieren.

Wir müssen zweitens auf Grund des ganzen Verlaufs der Diskussion feststellen, daß bei fast allen Genossen ein gewisser Grad der Selbstzufriedenheit herrscht, der ihnen nicht erlaubt, die ganze Tiefe und Schwierigkeit der Probleme zu sehen, die vor der Arbeiterklasse Deutschlands und vor der KPD heute stehen.

Die Lage und die Aufgaben eurer Partei sind sehr ernst. Im Jahre 1933 hat die Partei eine schwere Niederlage erlitten. Der Übergang in die Illegalität ist ihr zu teuer zu stehen gekommen. Die Mehrheit ihrer alten Kader ist heute nicht mehr da. Ein großer Teil der Kräfte der Partei ist heute zerstreut, und die Zahl des Parteiaktivs hat sich stark vermindert. Die Partei hat nicht verstanden, schon von den ersten Monaten der faschistischen Diktatur an sich umzustellen, ihre taktische Linie, ihre Organisationsformen und Arbeitsmethoden den neuen Verhältnissen anzupassen. Das hat zur Folge gehabt, daß die Partei die Situation verpaßte, in der der Faschismus eine schwere Erschütterung durchmachte (30. Juni)². Auch heute, wie das der Genosse Pieck in seinem Bericht richtig festgestellt hat, hat die Partei die inneren Gegensätze des Faschismus nicht ausnutzen können. In dieser Lage hat es keinen Sinn, sich gegeneinander des Pessimismus oder des Optimismus zu beschuldigen, sondern Alarm zu schlagen, damit alle Genossen verstehen, daß sie alle ihre Kräfte zusammenschweißen müssen, um aus der heutigen schwierigen Lage der Partei herauszukommen.

Unsere dritte Bemerkung zum Verlaufe der Konferenz betrifft die Einschätzung unseres Gegners, des Faschismus. Es scheint mir, daß hier der größte Mangel eurer Konferenz bis heute liegt. Ihr alle wisst, daß die Hauptquelle aller politischen und taktischen Fehler, die von der Partei gemacht wurden vor und nach der Aufrichtung der Hitlerdiktatur, die Unterschätzung des Faschismus war. Beide Berichterstatter³ haben das mit vollem Recht unterstrichen. Aber, Genossen, wir haben den Eindruck, daß noch heute in der Partei eine Unterschätzung des Faschismus vorhanden ist.

Worin besteht diese Unterschätzung? Wenn man die Reden der Genossen hört, hat man den Eindruck, als ob die Genossen sich fürchteten, dem Feind ins Angesicht zu sehen, alles offen zu untersuchen, worauf sich der Faschismus stützt, wo seine Kräfte liegen und wo seine Schwächen. Und wenn man die Kräfte des Feindes nicht gründlich kennenlernt, dann ist es unmöglich, eine richtige Taktik der Partei festzulegen, dann ist es unmöglich, den richtigen Weg zu beschreiten, um den Feind zu schlagen. So ist für mich die Tatsache ganz erstaunlich, daß es kein Genosse wagte, eine gründliche Analyse der Kräfte der faschistischen Partei zugeben, ihrer Zusammensetzung, ihrer Struktur und ihrer Kader und der Veränderungen, die auf allen diesen Gebieten nach der Machtübernahme vor sich gingen. Ohne eine solche Analyse wird es für die Partei sehr schwer sein, richtig die Taktik des Eindringens in das faschistische Lager und der Ausnützung der inneren Gegensätze der faschistischen Diktatur anzuwenden.

Am interessantesten waren in dieser Hinsicht die Reden einiger derjenigen Genossen, die aus den unteren Organisationen kommen und die uns in ganz lebendiger Weise erzählten, wie es ihnen gelang, die Arbeiter in den Betrieben in Bewegung zu setzen auf Grund der unmittelbaren und kleinsten Forderungen, die aus der Masse der Arbeiter selbst kamen. Alle diese Beispiele dieser meist spontanen oder halbspontanen Massenbewegungen muß die Zentrale der Partei, muß die Konferenz selbst noch gründlicher studieren. Wir müssen aber gestehen, daß auch in den Ausführungen der Genossen aus den unteren Organisationen eine gewisse Beschränkung zu bemerken ist: Die Genossen sehen ihre Betriebe, ihre Grube, ihre Zeche; sie sehen den Feind, der unmittelbar vor ihnen steht; aber sie sehen nicht die Kraft des Faschismus als Ganzes, und darum sind sie nicht imstande, auf die gesamte Politik des Faschismus rasch und richtig aus eigener Initiative zu reagieren.

Nur wenige Genossen aus dem Lande haben versucht, ein konkretes Bild der Zustände und des inneren Lebens der faschistischen Organisationen ihres ganzen Bezirks zu geben, und noch weniger versuchten, auf Grund dieser Analyse zu zeigen, welches die nächsten Aufgaben der gesamten Organisation der Partei sind. Nur ausnahmsweise haben die Genossen ihre Aufmerksamkeit auf die Massenunzufriedenheit, auf die Massenproteste und auf die Möglichkeit der Entwicklung einer breiten Massenbewegung auf Grund der Teuerung und der Lebensmittelknappheit gelenkt. Wir wissen doch, daß gerade in diesen Tagen diese Frage in Deutschland eine große Rolle spielt. Sie ist eng verbunden mit einigen der wichtigsten, grund-

legenden Widersprüche, die heute im Lager der Bourgeoisie und selbst im faschistischen Lager sich verschärfen. Was für eine Direktive schlagen die Genossen aus dem Lande auf Grund ihrer praktischen Erfahrungen an die unteren Organisationen vor, um eine aktive und führende Rolle in dieser Bewegung zu spielen?

Wenn wir alle diese Schwächen und Mängel zusammenfassen, dann müssen wir zu dem Schluß kommen, daß die Führung der Partei heute etwas entfernt ist vom Lande und von der wirklichen Bewegung der werktätigen Massen. Man spürt hier schon gewisse Folgen der Emigration. Manche Parteien der Komintern haben das schon erlebt. Alle Gruppenstreitereien in der Führung der Partei sind eine Emigrationserscheinung. Und, Genossen, wenn diese Emigrationserscheinungen nicht vollständig liquidiert werden, wird die Führung der Partei nicht imstande sein, den unteren Organisationen zu helfen und eine wirklich gute politische Initiative zu entfalten.

Versuchen wir, ganz objektiv an die deutsche Lage heranzugehen, ohne von der richtigen marxistischen Direktive abzuweichen, die uns vom Genossen Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß gegeben wurde: Nichts anderes sagen, als was wirklich ist.

Als die Faschisten zur Macht gelangten, herrschte eine gewisse Zeit die Meinung, daß die faschistische Diktatur sich nicht lange halten könne. Man erwartete einen raschen Zusammenbruch des faschistischen Regimes. Man sprach zu viel von einer nahen Katastrophe. Seitdem sind fast drei Jahre verflossen. Die faschistische Diktatur hat schwere Erschütterungen durchlebt. Was sind ihre Stützpunkte, wo liegt noch heute ihre Kraft? Es wäre ein großer Fehler zu denken, daß die faschistische Diktatur sich im wesentlichen nur auf den Terror stützt. Der Terror spielt eine überaus große Rolle in der Lösung der verschiedenen Probleme, die vor den Faschisten stehen. Es ist möglich, daß diese Rolle sich sogar vergrößert. Aber der Terror bildet nicht die einzige Kraftquelle des faschistischen Regimes. Welches ist die Hauptkraftquelle der faschistischen Diktatur in Deutschland?

1. Der deutsche Faschismus hat in diesen letzten drei Jahren verstanden, die Gegensätze im Lager der internationalen Bourgeoisie auszunützen, um den Anschein zu erwecken in den Massen, als ob er die internationalen Probleme Deutschlands gelöst habe. Dadurch fördert der Faschismus besonders in den breiten Schichten des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie einen Geist der nationalen Befriedigung. "Deutschland ist wieder eine Großmacht geworden", sagen die Faschisten. Auf Grund dieser Propaganda halten sie ihre Massen noch zusammen, die Massen, die noch nicht klar sehen, wer für diese Großmachtstellung Deutschlands bezahlt hat und bezahlen muß, die noch nicht sehen, daß die Politik des deutschen Faschismus nicht eine Politik der Lösung der nationalen Probleme Deutschlands ist, sondern eine Politik, die zum Kriege treibt.

Auf Grund dieser nationalen Propaganda ist es dem Faschismus gelungen, seinen Einfluß in breiten Schichten des Kleinbürgertums zu behalten, eine rasche Entwicklung der Widersprüche im Lager der Bourgeoisie zu bremsen und, was besonders wichtig ist, große Teile der Armee an sich anzunähern und damit einen der gefährlichsten Widersprüche in der faschistischen Diktatur zu mildern.

2. Der Faschismus hat die Situation ausgenutzt, daß er zur Macht kam in der Periode der Überwindung des tiefsten Punktes der Krise und des Übergangs zur Depression besonderer Art. Er hat versucht, durch den Staat eine Hochkonjunktur anzukurbeln (Rüstungen, Subventionen, Rohstoffpolitik, Arbeitsbeschaffung usw.). Eine gewisse Verminderung der Arbeitslosen, die Tatsache, daß einige Teile der beschäftigten Arbeiter, nämlich diejenigen, die in der Rüstungsindustrie beschäftigt sind, bessere Löhne bekommen, und daß bis jetzt keine allgemeine Herabsetzung des Nominallohnes durchgeführt wurde; das alles ist in Verbindung mit dieser Konjunktur zu betrachten.

3. Die faschistische Diktatur hat alle politischen Parteien vernichtet, hat vernichtet alle selbständigen Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, aber in derselben Zeit ist es ihr gelungen, sich ihre eigenen Massenorganisationen zu schaffen, die heute schon Millionen von Werktätigen erfassen und überwachen.

4. Es hat bis jetzt keine Einheitlichkeit der antifaschistischen Opposition gegeben. Die verschiedenen Gruppen und Strömungen der antifaschistischen Opposition haben bis jetzt auch

nicht versucht, sich auf Grund einer gemeinsamen politischen Plattform zu vereinigen. Und dem Faschismus gelang es, sie getrennt zu schlagen und dadurch seine Herrschaft zu festigen.

5. Endlich sollen wir auch anerkennen, daß die inneren Streitigkeiten unsere Partei so geschwächt haben, daß es ihr nicht gelang, alle ihre Kräfte politisch auszunutzen, um den Feind zu schlagen und die Rolle, die ihr gebührt, zu spielen, alle Keime der antifaschistischen Opposition zu entwickeln, alle antifaschistischen Kräfte zusammenzufassen und dadurch die Voraussetzungen zum Sturz der faschistischen Diktatur zu schaffen.

Alle diese Feststellungen, Genossen, bedeuten keineswegs, daß die Diktatur des deutschen Nationalsozialismus eine feste Diktatur ist. Im Gegenteil. Aber wir müssen von der Feststellung der wirklichen Stützpunkte der Diktatur und ihrer Demagogie ausgehen, wenn wir der ganzen Partei eine richtige politische Orientierung geben wollen. Jeder Genosse, jeder Parteifunktionär muß davon überzeugt sein, daß die allgemeinen Phrasen über die Radikalisierung, die Aktivierung der Massen usw. ihm viel weniger helfen werden in seiner konkreten Arbeit als das genaue Studium der Stützpunkte der faschistischen Macht und der Verschiebungen, die im Lager des Faschismus vor sich gehen.

"Einen solchen Feind, wie den Faschismus", sagte der Genosse Dimitroff, "muß man genau und von allen Seiten kennen, man muß ohne jede Verzögerung, auf seine mannigfaltigen Manöver reagieren, man muß bereit sein, ihm auf jedem Gebiet, in jedem Moment entgegenzutreten. Man soll sich nicht scheuen, beim Feind zu lernen, wenn das dazu beiträgt, ihm rascher und sicher das Genick zu brechen."⁴

Woher kommen heute die Schwierigkeiten für das faschistische Regime?

1. Die sogenannte nationale Politik des Nationalsozialismus ist in Wirklichkeit, wie ich schon gesagt habe, eine brutale imperialistische Politik, die unmittelbar zum Krieg treibt. Es gibt in Deutschland große Massen der Bevölkerung, die den letzten imperialistischen Krieg nicht vergessen haben, die einen neuen Krieg nicht wollen, und es gibt Elemente und Gruppen auch der Bourgeoisie, die mit Recht befürchten, daß die Außenpolitik Hitlers das deutsche Volk zu einer neuen Katastrophe ähnlich der vom Jahre 1918 treibt.

2. Die Faschisten rechneten mit einem raschen internationalen und nationalen Übergang der ökonomischen Depression in Aufschwung, wodurch die sogenannte Staatskonjunktur verhältnismäßig mühelos durch die inneren ökonomischen Kräfte des Kapitalismus abgelöst worden wäre. Dieser Aufschwung blieb aus, und Mitte 1935 beginnt ein neuer Umschwung des deutschen Kapitalismus im Sinne der Verschärfung einer verketteten Gruppe von Schwierigkeiten. Das Pendel der faschistischen Wirtschaftspolitik zwischen Preisen und Löhnen, zwischen Preiserhöhung und Preissenkung, zwischen Einschränkung und Erweiterung der Produktion, besonders der Rüstungsindustrie, zwischen Subventionen an die Großindustriellen und den Großgrundbesitz und demagogischen Konzessionen und Versprechungen, zwischen verschärfter Autarkiepolitik und Einfuhreinschränkungen wird viel akuter. Die Mittelbeschaffung zur Fortsetzung der Staatskonjunktur stößt auf gewisse Grenzen. Die private Wirtschaftstätigkeit bleibt schwach. Woher sollen die Mittel kommen für die riesigen Rüstungsausgaben? Das sind in erster Linie die Mittel, die aus der Beraubung der Massen kommen. Gegenüber der Steigerung der Beschäftigten ist das Wachsen der Lohn- und Gehaltssumme bedeutend zurückgeblieben. Aber das reicht nicht mehr aus. Die Schwierigkeiten gewissermaßen entspannen, könnte nur eine Schwächung des Tempos der Rüstungen oder eine große Offensive gegen die Löhne und gegen das Lebensniveau der Massen zur Folge haben. Aber die Ernte war wieder schlecht. Die Preise steigen weiter. Der Faschismus fühlt sich nicht imstande, zur selben Zeit die Preissteigerung und eine allgemeine offene Lohnsenkung durchzuführen. Im Plan steht selbstverständlich eine große Offensive auf die Löhne, aber das Lebensniveau der Massen ist schon so gesunken, daß die Faschisten sich nicht trauen, direkt und schnell heranzugehen.

3. Auf Grund dieser ökonomischen Widersprüche, die immer mehr in den Vordergrund treten müssen, verschärfen sich die Gegensätze im Lager der Bourgeoisie. Ein Teil der Bourgeoisie versucht, die Kosten der faschistischen Wirtschaftspolitik nicht nur durch größere Ausbeutung des Proletariats, nicht nur durch gesteigerten Druck auf die Kleinbourgeoisie und auf den Bauern, sondern auch auf die Schultern anderer Teile der Bourgeoisie abzuwälzen. Andere

Teile der Bourgeoisie erwarten mit Angst und Furcht den Zusammenbruch der ganzen faschistischen Innen- und Außenpolitik: daher ihre Opposition. Es gibt endlich auch führende Gruppen der Bourgeoisie, wie z. B. die Reichswehr, die, trotzdem ihr Prestige dank der faschistischen Politik gestiegen ist, trotzdem sie die ganze Kriegspolitik des Faschismus mitmachen, dennoch vor dem Kriege wegen der Missstimmung in den Arbeitermassen etwas Angst haben. Die alten Gegensätze ökonomischer, politischer und weltanschaulicher Natur der deutschen Bourgeoisie sind wieder belebt: - zwischen Industriekapital und Großagrariern, zwischen Großbauern und Großgrundbesitz, zwischen monopolistischem und nichtmonopolistischem Kapital, zwischen dem kapitalistischen fortgeschrittenen Westen und dem extensiv wirtschaftenden Osten, zwischen den katholischen Großbauern und dem meist protestantischen nationalsozialistischen Apparat des Reichsnährstandes usw. Das alles muß sich unmittelbar und mittelbar widerspiegeln im politischen Leben des Landes und besondere Schwierigkeiten für die faschistische Diktatur schaffen.

4. Die Massenbasis der faschistischen Diktatur ist keine homogene. Heute, unter dem Druck der ökonomischen Schwierigkeiten und der Verschärfung der Widersprüche im Lager der Bourgeoisie, tritt diese Verschiedenartigkeit der Massenbasis der Diktatur besonders in Erscheinung. Die wichtige Tatsache ist hier der Beginn einer Scheidung zwischen den Bauernmassen und der faschistischen Diktatur. Die Lebensmittelknappheit ist aller Wahrscheinlichkeit nach die Folge auch eines gewissermaßen organisierten Widerstandes des Bauerntums gegen die faschistische Gesetzgebung. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß es in Schlesien sogar zur Verhaftung einer Reihe von Junkern kam, daß die Stahlhelmopposition heute im Grunde genommen eine Opposition der Bauernschaft ist, die von Teilen der alten Staatsbürokratie geleitet wird. Trotz der demagogischen Inszenierung stand das Problem der Gefahr einer Zersetzung der Massenbasis des Faschismus im Zentrum des Nürnberger Parteitages. Daher die sogenannte Verschärfung des Parteikurses, die die zentrale Losung in Nürnberg war. Aber was kann in der heutigen Lage eine Verschärfung des Parteikurses bedeuten? Konkrete, positive Versprechungen an die Massen wurden nicht gemacht. Die soziale Demagogie muß sich heute auf den Antisemitismus, auf die Hetze gegen die Kleinhändler, auf die Kampagne gegen die Katholiken usw. beschränken. Auf konkrete demagogische materielle Versprechungen wird verzichtet. Das genügt nicht, um die praktischen Probleme, die vor dem Faschismus stehen, zu lösen. Dadurch müssen wir zu der Schlußfolgerung kommen, daß die Verschärfung des Parteikurses unbedingt bedeuten soll, oder besser gesagt, nach den Plänen der faschistischen Führung eine Vergrößerung der Rolle der Massenorganisationen im System der faschistischen Diktatur bedeuten soll. Aber es hängt in erster Linie von uns, von der organisierten Aktion der Avantgarde der Arbeiterklasse ab, daß der Faschismus diese Pläne nicht durchsetzen kann.

5. Es erübrigt sich zu erinnern, daß, wie der Genosse Dimitroff auf dem VII. Weltkongreß gesagt hat, es dem Faschismus trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, die Hauptmassen der Arbeiterschaft politisch für sich zu erobern. Der Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie ist und bleibt der tiefste und grundsätzlichsste. Aber wenn wir auch den Beginn einer Aktivisierung der Arbeiterklasse feststellen, sind wir auch gezwungen, alle Genossen zu warnen. Es ist wahr, daß in den Betrieben und besonders im Ruhrgebiet eine Reihe von kleinen, spontanen oder halbspontanen Massenprotesten stattfanden. Aber das ist nur ein Anfang, und das charakteristische dafür ist, daß es der Arbeiterklasse noch nicht gelingt, diese kleinen Bewegungen miteinander zu verbinden und vor dem gesamten Volke aufzutreten als die führende und entscheidende Kraft der antifaschistischen Opposition. Nach der beginnenden Aktivisierung, die zur Zeit der Betriebsrätewahlen sich bemerkbar machte, hat die Bewegung kaum Fortschritte gemacht, was besonders die Tatsache zutage treten ließ, daß unsere Partei noch bei weitem nicht in genügendem Maße ihre führende Rolle spielt.

Welches sind in dieser Situation die politischen und taktischen Hauptaufgaben der Partei?

So scharf auch die Widersprüche im Lager der Bourgeoisie sein mögen, führen sie nicht zum automatischen Zusammenbruch der faschistischen Diktatur. Es ist die Aufgabe der Partei, einerseits die Unzufriedenheit der Massen und ihre Bewegung zu fördern und damit durch den Druck der Massen und ihrer Bewegung die Schwankungen der oberen Schichten der Gesellschaft zu vergrößern, neue Elemente in die Opposition zu stoßen, alle Widersprüche im Lager des Gegners zu verschärfen. Andererseits besteht unsere Aufgabe in der Ausnutzung der Schwankungen und Widersprüche zwischen den verschiedenen Teilen der Bourgeoisie, um die

Massenbewegung zu erweitern. Konkret gesagt muß die Partei versuchen, einige Hauptresultate in dieser Richtung zu erreichen. Unsere Aufgabe ist es vor allem, alles zu tun, um die verschiedenen Elemente, Gruppen, Schichten der Opposition zu vereinigen und dem Faschismus eine breite, zusammenfassende, organisierte Front des Widerstandes und des Kampfes gegenüberzustellen. Wir müssen die Opposition und die beginnende Bewegung der Bauernschaft besonders fördern und organisieren. Wir müssen versuchen, einen Keil zwischen die Armee und die faschistische Diktatur zu treiben. Es gibt in Deutschland und in der Emigration eine antifaschistische Opposition, die aus den Resten der alten demokratischen und antifaschistischen Parteien besteht. Es gibt im Lande eine neue Opposition, die aus den faschistischen Organisationen selbst wächst und aus diesen Schichten der Bevölkerung, die bis jetzt vom Nationalsozialismus beeinflußt wurden und teilweise noch sind, und die noch nicht gegen die faschistische Diktatur als Ganzes kämpfen, sondern nur gegen gewisse Maßnahmen der faschistischen Diktatur. Diese beiden großen Oppositionsströmungen gilt es, in eine koordinierte Bewegung gegen den Faschismus zu bringen. Nur die Arbeiterklasse, nur die Kommunistische Partei kann sich diese Aufgabe stellen und lösen.

Die Überwindung der sektiererischen Fehler der Partei in ihrem Verhältnis zur Sozialdemokratie, die Herstellung der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Organisationen und mit der SPD, die aktive Teilnahme der Partei am Wiederaufbau der freien Gewerkschaften, der Beginn eines Eindringens in die DAF, in die Sport-, Jugend-, Frauen- und anderen Organisationen des Faschismus - das sind die ersten Schritte, die in der Richtung der Lösung dieser Aufgaben gemacht werden sollen. Aber kühn, entschieden muß die Partei sich immer weiter auf dieser Linie bewegen, ohne Angst, in Kontakt zu kommen auch mit solchen Elementen, wie z. B. den Brüningleuten.

Das sind, Genossen, kurz zusammengefaßt die Hauptprobleme unserer Einheitsfront- und Volksfrontpolitik in Deutschland. Über die einzelnen Probleme dieser Politik, wie z. B. über unser Verhältnis zur katholischen Opposition, unsere Politik im Dorfe usw. will ich nicht sprechen. Darüber haben ausführlicher die beiden Berichterstatter schon gesprochen. Aber hier verbindet sich schon unsere Einheitsfront- und Volksfrontpolitik mit dem richtigen Verständnis der Taktik des Trojanischen Pferdes, d. h. des politischen und organisatorischen Eindringens in die faschistischen Massenorganisationen unter Ausnutzung aller legalen Möglichkeiten der Arbeit.

Im Zusammenhang mit diesem Fragenkomplex wollen wir vor eurer Konferenz besonders zwei Hauptmomente unterstreichen.

Das erste Hauptmoment betrifft die Notwendigkeit der Mobilisierung aller Parteikräfte, um den Kampf für die unmittelbaren Interessen der Arbeiterklasse und aller Schichten der Bevölkerung zu organisieren. Das ist heute der Ausgangspunkt unserer ganzen politischen Tätigkeit. Man hat hier in Verbindung mit der Frage der Volksfront, in Verbindung mit der Perspektive des Sturzes der faschistischen Diktatur besonders über eine Regierung der Volksfront gesprochen. Es ist auch nützlich, eine solche Frage zu diskutieren. Aber wir müssen dabei vor einer schematischen Wiederholung und Anwendung der Linie des VII. Weltkongresses warnen. Die Lage Deutschlands ist nicht mit der Lage in Frankreich zu vergleichen. Auch in Deutschland kann es zu einer Lage kommen, wo die Losung der Volksfrontregierung als eine konkrete aktuelle Losung vor der Partei stehen wird. Aber wie kommen wir zu dieser Lage? Das ist das Problem, das vor euch heute steht. Die faschistische Diktatur kann nur von einer breiten Massenbewegung gestürzt werden, und die Hauptaufgabe ist heute die Organisation dieser Bewegung. Darum hat der Kampf der Partei um die unmittelbaren Interessen aller Schichten der Bevölkerung auf Grund der kleinsten Forderungen eine so große Bedeutung. Wie kam es z. B., daß die Redner, die in der Diskussion ausgegangen sind von der konkreten Schilderung der Lage der Arbeiterklasse, der Bauern, der Kleinhändler usw. in ihren Bezirken, fast eine Ausnahme waren? Wie kam es? Das ist doch ein Zeichen der schwachen Verbindung der Partei mit den Massen. Um diese Verbindung zu festigen, sind alle aktiven Kader, alle Mitglieder der Partei in einem neuen Geiste zu erziehen, nicht als Propagandisten des Kommunismus, sondern als Genossen, die verstehen, rasch, selbständig zu jeder Frage aus eigener Initiative Stellung zu nehmen, die die Massen interessiert, und Losungen auszuarbeiten, die dem Stand der Unzufriedenheit der Massen, die dem Stand der Bewegung der Massen vollständig entsprechen.

Die Presse der Partei spielt auf diesem Gebiet noch nicht die Rolle, die sie spielen müßte. Trotz der Verbesserungen in den letzten Monaten ist besonders der Inhalt der "Roten Fahne" noch nicht genügend mit dem Lande verbunden. Sie gibt noch nicht den unteren Organisationen die notwendige Hilfe zur Beantwortung aller Fragen, die im Lande akut sind. Sie hilft ihnen noch nicht genügend, die entsprechenden Losungen dafür zu geben. Die Arbeiter, die in ihren Schreiben an die Redaktion der "Roten Fahne" offen gesagt haben, daß sie wünschen, daß in der Zeitung mehr die Tagesfragen behandelt werden, haben vollständig recht. Die "Rote Fahne" muß nicht ein Organ für geschulte Parteimitglieder sein, sondern ein populäres Blatt, das dem einfachen Arbeiter, der vielleicht nur ein einziges Exemplar ausnahmsweise bekommt, den Weg des Tageskampfes in den faschistischen Organisationen zeigt. Die Sprache der ganzen Parteiagitacion muß angepaßt werden der Notwendigkeit der Organisierung und Leitung der Massenbewegungen in diesen Organisationen.

Das zweite Hauptmoment, was wir unterstreichen wollen, betrifft die Notwendigkeit einer Taktik, einer Politik, die zur Vereinigung aller antifaschistischen Kräfte führt. Wie können wir die Opposition der sozialdemokratischen Arbeiter mit der christlichen, die beginnende Opposition der Bauernschaft mit der demokratischen Gruppen der Bourgeoisie vereinigen? Das können wir nur durch die Ausarbeitung einer konkreten politischen Plattform, in der die Interessen und Bestrebungen aller dieser verschiedenen Schichten in Erwägung gezogen werden. Eure Diskussion hat bis jetzt diese Frage noch nicht genug konkret gestellt. Das ist ein Mangel. Bevor es nicht zur Ausarbeitung einer solchen Plattform kommt, bleibt die Frage der Volksfront etwas in der Luft, und es besteht die Gefahr, daß die Elemente der antifaschistischen Opposition, die im Auslande leben und in gewissem Maße [die] Fühlung mit dem Lande verloren haben, unsere Partei auf einen falschen Weg der Ausarbeitung eines politischen Regierungsprogramms der Zukunft stoßen. Die Aufgabe der Ausarbeitung einer solchen konkreten politischen Plattform der antifaschistischen Volksfront ist eine der schwierigsten, die vor eurer Konferenz steht. Und deswegen erlauben wir uns, euch zu raten, an die Arbeit der Politischen Kommission, die sich unbedingt mit einer solchen Aufgabe beschäftigen muß, alle Delegierten aus dem Lande heranzuziehen, die von den wichtigsten Bezirken kommen und die gezeigt haben, daß sie die konkreten Verhältnisse ihres Bezirkes, daß sie die Lebensbedingungen der Massen gut kennen, ungeachtet dessen, ob sie in der Diskussion zugunsten der sogenannten Mehrheit oder der sogenannten Minderheit aufgetreten sind.

Was den Inhalt dieser Plattform betrifft, muß man sich noch jede einzelne politische Losung gründlich überlegen. Diese politischen Losungen müssen so aufgestellt werden, daß sie die breitesten Schichten der Volksmassen anpacken, daß sie die akutesten Probleme des Alltagskampfes mit dem zielbewußten politischen Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur verbinden. Die Diskussion in der Konferenz hat zur Frage solcher Losungen noch ganz wenig Stoff gegeben. Wir überlegten einige solche mobilisierenden Losungen, die wir euch zur Diskussion vorlegen wollen. Sie entspringen nach unserer Meinung aus den Versprechungen der Faschisten selbst sowie aus der inneren und internationalen Lage Deutschlands.

Erste Hauptlosung: Gegen die Politik des Krieges, die zu einer neuen Niederlage Deutschlands führt.

Das Programm der nationalen und sozialen Befreiung⁵, das von der Partei in der Vergangenheit propagiert wurde, ist heute veraltet. Es diente dem Zweck, überhaupt das Programm der Sowjetmacht in Deutschland zu propagieren. Die Hauptaufgabe besteht aber darin, die nationalistische Demagogie des Faschismus zu entlarven. Deshalb muß man in erster Line Stellung nehmen gegen die Politik des Krieges, die zu einer neuen Niederlage Deutschlands führen wird. Diese allgemeine Losung ist heute zu verbinden mit der Losung der Annullierung des Versailler Vertrages.

Das heißt, solche Losungen: Für die gänzliche Annullierung des Versailler Vertrages, für die Vereinigung aller Deutschen, aber nicht durch den Krieg, sondern durch Freiwilligkeit und auf dem Wege der internationalen Verständigung. Es scheint uns, daß wir auch die ganz konkrete Losung der Liquidierung des polnischen Korridors auf diesem Wege aufstellen können. Durch eine breite Popularisierung dieser Losungen und durch die Entfesselung eines wirklichen Massenkampfes, um diese Losungen zu verwirklichen, können wir die nationalistische Demagogie entwaffnen.

In Verbindung damit: Wiederherstellung der Verständigung mit der Sowjetunion, enge ökonomische Beziehungen mit der Sowjetunion, Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Beziehungen zu allen Ländern.

Alle diese Losungen betreffen nationale Probleme und die Probleme der Auslandspolitik des Faschismus.

Dann müssen die politischen Hauptlosungen kommen und besonders:

Wiederherstellung sämtlicher demokratischen Freiheiten, Wiederherstellung aller politischen Parteien, Arbeiter- und Bauernorganisationen, Reinigung der Armee und des Staatsapparates von den faschistischen Elementen, insbesondere die von den Faschisten bevorzugten, die privilegierten Posten, Gewissens- und Glaubensfreiheit.

Gleichheit aller Staatsangehörigen, unabhängig von ihrer Nationalität und Religion.

Befreiung aller Antifaschisten und aller, die wegen Verletzung volksfeindlicher faschistischer Gesetze eingekerkert worden sind.

Was die ökonomischen Forderungen anbelangt, kommen hier nach unserer Ansicht in Betracht in erster Linie diejenigen Losungen, die gegen die Politik der Autarkie, gegen Zwangswirtschaft und Subventionen an die Großkapitalisten auf Kosten der breiten Volksmassen gerichtet sind. Das wären z. B. solche Losungen:

Für den freien Verkauf der Erzeugnisse der Bauern, Schluß mit der Politik der Autarkie. Schonungsloser Kampf gegen die Banken und Großspekulanten, die auf Kosten des Verbrauchers räuberisch ihre großen Profite einheimsen.

Vollständige Wiederherstellung der Sozialversicherung. Rückforderung sämtlicher an die Großindustriellen und an die Agrarier gewährten Subventionen.

Selbstverständlich sind alle Teile einer solchen Plattform eng zu verbinden mit der allgemeinen Losung des Sturzes der faschistischen Diktatur. Aber auch diese Losung ist zu konkretisieren, indem wir verlangen, daß die Schuldigen der Katastrophe, die das deutsche Volk bedroht, vor Gericht gestellt werden. Zu gleicher Zeit ist aber zu erklären, daß man den Mitgliedern der unteren faschistischen Organisationen, die von den führenden Elementen betrogen wurden, volle Amnestie gewähren wird.

Man soll dabei bemerken, daß diese Losungen so aufgestellt werden müssen, daß sie unseren antifaschistischen Kampf verbinden mit den Bestrebungen derjenigen Elemente, die heute noch nicht offene Antifaschisten sind, aber deren Interessen von den Maßnahmen der faschistischen Diktatur verletzt werden.

Genossen! Die Forderungen, die wir zusammengestellt haben, können nur [als] ein erster Versuch der Ausarbeitung einer Plattform der antifaschistischen Volksfront in Deutschland gelten. Die Aufgabe der endgültigen Redigierung einer solchen Plattform, mit der wir an alle antifaschistischen Elemente herantreten müssen, ist die Aufgabe der Konferenz und der Zentrale der Partei. Wir wollten euch nur zeigen, daß auf diesem Gebiet die Partei selbst etwas Neues finden muß, und das kann nur geschehen auf Grund eines genauen Studiums aller Erfahrungen, die die Partei und die Massen selbst im Kampfe gegen den Faschismus schon gemacht haben und noch machen werden.

Genossen, derselbe Mangel, der sich in der Behandlung der politischen Fragen zeigte, trat auch in Erscheinung in der Behandlung der Organisationsfragen der Partei und ihrer Arbeitsmethoden. Die Genossen haben sich lange auseinandergesetzt über das arme Trojanische Pferd, aber das Wesentliche in dieser Frage wurde noch nicht vollständig und gründlich gezeigt. Die Überreste des Sektierertums und des Schematismus erlauben manchem Genossen noch nicht, klar zu sehen, daß man auch in der Stellung der Organisationsfrage der Partei dieselbe Biogsamkeit zeigen muß wie in der Stellung und Lösung der allgemeinpolitischen und taktischen Probleme. Man hat den Eindruck, als ob einige Genossen denken, daß es auf dem Gebiete der Organisation nur starre Prinzipien gibt, von denen man nicht abweichen kann. Das ist nicht richtig, Genossen.

Auf dem X. Parteitag der bolschewistischen Partei⁶ wurde eine Resolution angenommen über die Fragen des Parteiaufbaus. Und die ersten zwei Sätze dieser Resolution lauten so:

"1. Die Partei des revolutionären Marxismus lehnt das Suchen nach einer absolut richtigen, für alle Stufen des revolutionären Prozesses tauglichen Form der Parteiorganisation sowie der Methoden ihrer Arbeit entschieden ab. Die Form der Organisation und die Arbeitsmethoden werden im Gegenteil gänzlich bedingt durch die Besonderheiten der gegebenen konkreten historischen Situation und durch diejenigen Aufgaben, die sich unmittelbar aus dieser Situation ergeben.

2. Von diesem Standpunkt ist es begreiflich, daß jegliche Organisationsform und die ihr entsprechenden Arbeitsmethoden sich mit der Veränderung der objektiven Entwicklungsbedingungen der Revolution aus Formen der Entwicklung der Parteiorganisation in Fesseln dieser Entwicklung verwandeln können, und daß umgekehrt eine untauglich gewordene Organisationsform bei Wiederauftreten der entsprechenden objektiven Bedingungen wieder notwendig und einzig zweckmäßig werden kann."

Ich bin überzeugt, daß diese Worte keinen Kommentar brauchen und daß alle Teilnehmer der Konferenz verstehen werden, wie notwendig es wäre, daß jedes Mitglied der deutschen Partei und des deutschen Polbüros in der jetzigen Lage sich diese wirklich bolschewistische Organisationsdirektive zu eigen machen würde. Was bedeutet eigentlich die Anwendung der Taktik des Trojanischen Pferdes, wenn nicht die rechtzeitige und vollständige Anpassung der Organisationsform der Partei an die Verhältnisse der Arbeit in der Illegalität unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur? Ohne diese Anpassung ist die Massenarbeit der Kommunistischen Partei, ohne diese Anpassung ist die Arbeit in den faschistischen Massenorganisationen nicht möglich.

Man muß dabei klar sehen, daß große Unterschiede bestehen zwischen den Verhältnissen, unter denen die Partei der Bolschewiken zur Zeit des Zarismus gekämpft hat, und den Verhältnissen, unter denen wir heute unter einer faschistischen Diktatur zu kämpfen haben. Diese Unterschiede bestimmen eine ganze Reihe von Besonderheiten der Methoden des Aufbaus der Partei und ihrer Arbeit.

1. Der Staatsapparat, der zur Verfügung des Zarismus stand, war viel primitiver und schwächer als der des Faschismus. Dadurch ist es den Faschisten leichter, uns zu zerschlagen, als es der zaristischen Polizei war. Deshalb brauchen wir heute in Deutschland sowie in Italien usw. eine solche Form der Organisation, die für den Staatsapparat des Faschismus am wenigsten greifbar ist. Die Organisation soll auf das stärkste dezentralisiert sein.

Nehmen wir z. B. eine Stadt wie Berlin, wo unsere Organisation noch heute einige tausend Mitglieder zählt und wo es mehr als zweitausend Betriebe gibt. Es ist absolut unmöglich, menschlich unmöglich, daß ein einziges Parteikomitee diese Organisation leitet. Wenn an der Spitze eines so wichtigen Teiles unserer Organisation ein einziges Komitee steht, dann muß es unvermeidlich, um seine Funktion zu erfüllen, einen enormen Apparat schaffen, der für die ganze Organisation unter den heutigen Verhältnissen höchst gefährlich ist. Die ersten Schritte wurden schon gemacht, die Organisation der Partei in Deutschland zu dezentralisieren. Sie waren richtig, und weitere entschiedene Schritte müssen in dieser Richtung noch gemacht werden.

2. Das zaristische Regime hatte keine breite soziale Demagogie und baute nicht eine eigene Massenorganisation auf wie die Faschisten, die durch diese Organisation breite Schichten der Werktätigen versuchen um sich zu scharen, zu kontrollieren, zu überwachen. Deshalb ist es notwendig, die Methode der Arbeit des Feindes anzuerkennen, seine Demagogie auszunutzen, an sie anzuknüpfen und in den Organisationen des Feindes selbst unsere eigenen Massen- und Parteiorganisationen aufzubauen. Die Bolschewiki unter dem Zarismus haben alle legalen Möglichkeiten ausgenutzt. Die Erfahrungen, die von den Bolschewiken gemacht wurden, kamen nicht nur uns zunutze, sondern auch die Faschisten haben davon gelernt, besondere Maßnahmen zu treffen, die die legalen Möglichkeiten unserer Arbeit immer weiter beschränken. Deshalb ist es notwendig, daß wir angesichts jeder Veränderung der Politik des Faschismus unsere Arbeitsmethoden sowie auch die Organisationsform der Partei diesen Veränderungen anzupassen verstehen. So ist zum Beispiel nicht immer und nicht überall die Organisation auf Grund von Betriebszellen aufzubauen, weil es Fälle geben kann, wo unsere Genossen das Zentrum ihrer Organisation in die faschistischen Massenorganisationen verlegen sollen und von diesen Organisationen aus zu den Betrieben kommen.

3. Der Terror, der gegen uns gerichtet wird, ist viel größer. Es gibt in der Geschichte der Arbeiterbewegung bis jetzt kein Beispiel der Massenapplication eines solch viehischen Terrors, um die Avantgarde der Arbeiterklasse zu vernichten. Darum ist es notwendig, besondere Maßnahmen zu treffen für den Schutz und die Erhaltung unserer Kader.

Wir können nicht auf der Notwendigkeit der kollektiven Arbeit der Parteiinstanzen bestehen, wenn die Erfahrung uns zeigt, daß sie eine permanente Gefahr für die Organisation darstellt. Wenn der Aufbau der Organisation auf Grund eines Systems der Verbindungen zwischen bevollmächtigten Genossen uns eine bessere Garantie gibt für diese Sicherung und für die Möglichkeit der Arbeit der Organisation, dann müssen wir ohne Schwankungen zu diesem System übergehen. Zwischen der legalen und der illegalen Arbeit ist die schärfste Abgrenzung durchzuführen. Man muß eine besondere Kaderpolitik haben, indem man alle Maßnahmen trifft, die die alten Kader der Partei sichern, und in derselben Zeit muß man neue Kader von Parteifunktionären eines neuen Typus herausbilden: Das heißt, von legalen Funktionären und Aktivisten, deren Arbeitszentrum in der faschistischen Massenorganisation sein muß und die dort, auch wenn sie für eine ganze Periode der Zeit ganz isoliert von der illegalen Parteiorganisation bleiben, wenn sie auch ganze Monate lang nur ein einziges Exemplar des Zentralorgans der Partei bekommen, ihre Arbeit mit der größten Initiative weiter zu treiben fähig sind.

Besonders in den bäuerlichen Gebieten, wo die faschistischen Massenorganisationen und der Einfluß des Faschismus stärker sind, ist eine solche Methode der Arbeit absolut notwendig. Aber auch in den Industriegebieten, auch in den großen Städten, müssen, wenn die Partei sich wirklich in eine aktive Massenpartei verwandeln will, in dieser Richtung die größten Veränderungen durchgeführt werden. Durch diese Veränderungen sollen die Parteiorganisationen die größte Beweglichkeit erreichen und die größte Initiative an den Tag legen. Endlich ist noch zu bemerken, daß man auf diesen Gebieten zwar sehr viel tun muß, aber sehr wenig sprechen [darf], und besonders nicht in der Öffentlichkeit. Nicht alle Organisationserfahrungen der Partei sind zu veröffentlichen, und auch was die Massenbewegungen betrifft, müssen besondere Formen getroffen werden, um den Genossen und den Massen die richtige Leitung zu geben, ohne vor dem Feinde unsere Pläne und Arbeitsmethoden aufzudecken.

Parteigenossen, eure Partei hatte vor der faschistischen Diktatur mehr als 300 000 Mitglieder. Man kann sich kaum vorstellen, was für eine Kraft wir heute in Deutschland darstellen würden, wenn wir nur den fünften oder sechsten Teil von diesen Massen am richtigen Platz hätten und wenn sie dort politisch aktiv wären. Wie viel Genossen die Partei heute zählt, ist schwer festzustellen. Aber wenn sie auch nur Zehntausende zählt, die entscheidende Frage ist die des Platzes, wo ein jeder von diesen Zehntausenden sich befindet und der Aktivität, die er dort entfaltet. Wir sind überzeugt, daß die Partei heute über Kräfte verfügt, die, wenn sie nur richtig ausgenutzt werden, für die faschistische Diktatur eine ernste Gefahr sein könnten. Die Partei hat Kräfte genug, um durch ihre Arbeit auf die Entwicklung der gesamten deutschen Lage einen entscheidenden Einfluß auszuüben, sie hat Kräfte genug, um dem Faschismus schwere Schläge beizubringen. Aber das wird nur möglich sein durch eine richtige Ausnutzung der Kräfte der Partei, und die richtige Ausnutzung der Kräfte der Partei wird nicht möglich sein ohne eine radikale Wendung in allen ihren Arbeitsmethoden.

Es ist die höchste Zeit, Genossen, diese Wendung durchzuführen. Die deutsche Partei hat schon genug Erfahrungen gesammelt, um zu verstehen, daß eine weitere Verspätung in der Lösung dieser Aufgaben sie in eine solche Lage bringen kann, wo [dies] außerordentlich schwer sein wird.

Darum glauben wir, daß es vielleicht zweckmäßig wäre, noch während der Konferenz oder unmittelbar nach der Konferenz in einer besonderen Kommission noch einmal den organisatorischen Zustand der Partei zu prüfen und die neuen organisatorischen Direktiven zu konkretisieren.

Ich komme zum Schluß. Fast jeder Genosse, der in der Diskussion aufgetreten ist, hat sich mit der Frage der Führung der Partei beschäftigt. Verschiedene Genossen aus dem Lande haben die Sorge zum Ausdruck gebracht, die in ihnen erweckt wird, wenn sie den Zustand betrachten, der in der Parteiführung bis jetzt bestand. Ohne eine feste Einheit der Führung der Partei sind die Probleme, die vor euch stehen, nicht zu lösen. Je mehr Biagsamkeit, je mehr Kühnheit, je mehr Weitsichtigkeit in der Anwendung der Parteifragen notwendig ist, desto fester

und gestählter muß die Führung sein. Wenn der Genosse Thälmann sich unter euch befände, wäre die Lösung dieser Aufgabe leicht, weil er selbst den Kampf gegen das Sektierertum restlos weitergeführt hätte, und die Genossen, die durch ihre Fraktions- und Gruppentätigkeit diesen Kampf erschwert haben, diese Genossen haben nicht nur nicht das Recht, sich als Nachfolger Thälmanns auszugeben, sondern sie stehen im direkten Gegensatz zu der Politik, auf Grund welcher Genosse Thälmann die Partei geführt hat.

Die Einigkeit der deutschen Partei, Genossen, ist uns teuer [wie] der Augapfel. Mit voller Entschiedenheit werden wir uns gegen jeden Versuch wenden, diese Einheit zu gefährden. Alle Genossen, die schon weitergegangen sind auf dem Wege der Befreiung vom Sektierertum und Schematismus werden wir unterstützen. Ihnen werden wir helfen, weil wir die Konzentrierung aller Kräfte der Partei wollen. Die Konzentrierung aller Kräfte der Partei, die kollektive Führung kann nicht das Resultat einer Rechenaufgabe sein. Sie kann nur das Resultat des einheitlichen, entschlossenen Kampfes um die Durchführung derselben politischen Linie sein.

Diese Linie, Genossen, ist euch durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale gegeben.

Vergeßt nicht, Genossen: Ohne Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte gibt es keinen Sieg über den Faschismus. Ohne die feste proletarische Einheitsfront ist eine geschlossene antifaschistische Front des deutschen Volkes nicht möglich. Ohne eine feste bolschewistische Partei gibt es keine proletarische Einheit. Ohne eine eiserne kollektive Führung gibt es keine feste bolschewistische Partei. Das haben uns die Meister unserer revolutionären Politik, Lenin und Stalin, gelehrt.

Es lebe die Kommunistische Partei Deutschlands, der Organisator des Sieges des deutschen Volkes über den Faschismus!

Anmerkungen

1 Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. (Red.)

2 Gemeint ist die Liquidierung von Ernst Röhm und weiteren SA-Führern, Gregor Strasser, General Kurt v. Schleicher und oppositionellen Politikern durch die SS unter Assistenz der Reichswehrführung am 30. Juni 1934 ("Röhm-Affäre"). (Red.)

3 Wilhelm Pieck und Wilhelm Florin. (Red.)

4 Rundschau, Basel, 1935, Nr. 66 (Sondernummer), S. 2602.

5 Programmerkklärung der KPD zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes, 24. August 1930. In: Dokumente zur Geschichte der SED, Bd. 1, Berlin 1981, S. 246 - 255; Programm des ZK der KPD zur sozialen und nationalen Befreiung der Werktätigen Deutschlands, 7. Mai 1934. In: Rundschau, Basel, 1934, Nr. 36, S. 1405 - 1408, 1425.

6 Der X. Parteitag der KPR (B) tagte vom 8. bis 16. März 1921 in Moskau. Er beriet vor allem den Übergang vom "Kriegskommunismus" zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP). (Red.)

Datum von Jahrhundert-Bedeutung**Zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus**

Der Bundesvorstand der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde (GBM) e.V. beschloss die folgenden vom Berliner Alternativen Geschichtsforum entworfenen Thesen:

1. Der 8. Mai 1945 ist ein Datum von Jahrhundertbedeutung, das an den historischen Sieg über das Naziregime, die Beendigung des Zweiten Weltkriegs und die Befreiung Europas vom Hitlerfaschismus erinnert. Die UNO hat diesen Tag zum Weltfeiertag erklärt. Die auf Leben und Tod in der Antihitlerkoalition vereinigten Völker und Staaten, von denen die Sowjetunion die Hauptlast trug, gedenken ihres Kampfes, ihrer Opfer und ihres schwererrungenen Triumphes. Befreit wurde auch das deutsche Volk: befreit von der Herrschaft der Naziclique, befreit von dem Zwang, sich ihrem Rassenwahn zu unterwerfen, ihrem Eroberungsdrang zu folgen, sich an Kriegsverbrechen und Völkermord zu beteiligen - einem Zwang, dem nur eine Minderheit im deutschen Volk widerstand. In der DDR wurde der 8. Mai als Tag der Befreiung begangen; denn Antifaschismus war Staatsdoktrin und wurde in wachsendem Maße zur Sache der Bürger. In der Sowjetunion feierte man den 9. Mai als Tag des Sieges.

2. In der Bundesrepublik dauerte es vierzig Jahre, bis sich ein Bundespräsident dazu verstand, den 8. Mai einen Tag der Befreiung zu nennen. Bis dahin galt er mehrheitlich als Tag der Kapitulation, der Niederlage, des Zusammenbruchs, des Untergangs, der Katastrophe - als Gedenktag an eine Tragödie. Damit bezeichneten die Herrschenden ihren eigenen Standort in der Nachfolge jener, die damals kapitulierten, und bestimmten die Traditionslinie, in der sie sich selber sahen und zum Teil noch immer sehen. Damit traten sie willig in den Kalten Krieg ein, eine Fortsetzung des Zweiten Weltkriegs mit anderen Mitteln, nahmen die Partei des militanten Antikommunismus, bereiteten neofaschistischen Bestrebungen ein gedeihliches Umfeld und überboten einander an Zynismus durch die Gleichsetzung von Faschismus und Sozialismus in der Totalitarismuskonzeption, die heute das Hauptmittel zur Verunglimpfung progressiver und antifaschistischer Geschichtstraditionen geworden ist.

3. Hat sich in den zweieinhalb Jahrzehnten, die seit der Rede Richard von Weizsäckers vergangen sind, etwas von den Hoffnungen erfüllt, die die Menschen damit verbanden? Hat sich das gesellschaftliche Klima in der Bundesrepublik nennenswert verändert? Heute spricht man vom 8. Mai offiziell als dem Tag des Kriegsendes. Das jedoch ist eine bloße Datumsangabe. Umgangen werden dabei die wesentlichsten Fragen:

- Wer hatte diesen Krieg von langer Hand geplant und dann in voller Absicht vom Zaun gebrochen?
- Wer hat durch diesen Krieg und in diesem Krieg die schlimmsten Verbrechen gegen Frieden und Menschlichkeit begangen?

Diese Fragen zu stellen heißt für uns Antifaschisten und Demokraten, sie zu beantworten: Hauptschuldiger ist Nazi-Deutschland, hauptverantwortlich sind die auf Profit und Expansion orientierten Kräfte des deutschen Großkapitals. Das führt zu den entscheidenden Fragen:

- Wer hat diesen Krieg folgerichtig verloren und am 8. Mai bedingungslos kapituliert?
- Wo wurden die Lehren aus diesem Krieg gezogen und beherzigt, wo wurden sie missachtet und in den Wind geschlagen?

Gesellschaftsstruktur und Politik der beiden Staaten, die bis 1990 auf deutschem Boden existierten, geben die Antwort darauf.

4. Seit Jahren will man uns weismachen, die Befreiung Europas habe, wenn nicht am 10. Juli 1943 mit der Landung britisch-amerikanischer Truppen in Sizilien, so am 6. Juni 1944 mit der Landung westallierter Streitkräfte in der Normandie ("D-Day") begonnen. Doch ohne die Westalliierten, ihren Anteil am Sieg über den Nazifaschismus und seine Verbündeten schmälern zu wollen, bleibt um der geschichtlichen Wahrheit willen festzustellen:

- Die Niederlage Hitler-Deutschlands deutete sich Ende 1941/Anfang 1942 in der Winterschlacht vor Moskau an, als die faschistische Offensive stecken blieb und die Nazi-Wehrmacht erstmals weit zurückgedrängt wurde.
- Die Wende im Zweiten Weltkrieg wurde herbeigeführt mit der vernichtenden Niederlage der faschistischen Aggressoren bei Stalingrad, diesem historischen Menetekel.
- Die Befreiung Europas wurde vorangeführt mit der Schlacht am Kursker Bogen und den weiteren Schlachten an der sowjetisch-deutschen Front, die in der Schlacht um Berlin gipfelten.

An dieser Hauptfront des Zweiten Weltkriegs waren im Durchschnitt zwei Drittel aller Divisionen der Hitler-Wehrmacht im Einsatz. In diesem Kriegsgeschehen offenbarten sich Kampfgeist und Opfermut der Sowjetsoldaten, das Zusammenstehen der Völker der UdSSR, die Überlegenheit ihrer antifaschistischen und sozialistischen Gesinnung im Kampf gegen die nazistischen Welteroberungspläne.

Die Antihitlerkoalition bleibt ein Beispiel für das erfolgreiche Zusammenwirken von Staaten unterschiedlicher Systemzugehörigkeit im Kampf gegen einen gemeinsamen Feind und für gemeinsame Ziele.

5. Bestandteil der Antihitlerkoalition waren in übertragenem Sinne die deutschen Antifaschisten. Ihre Gesinnung und Aktivität speisten sich aus unterschiedlichen politischen und geistigen Quellen; aber geschichtlich betrachtet bildeten sie eine gemeinsame Bewegung:

- die Widerstandskämpfer in Deutschland und im Exil,
- die Wegbereiter und Mitstreiter des Nationalkomitees und der Bewegung "Freies Deutschland",
- die Deutschen in der Résistance und in den Streitkräften der Alliierten.

Wir ehren sie und würdigen ihre bleibenden Verdienste um unser Volk wie um den Triumph der Völker über den Faschismus.

6. Der 8. Mai 1945 ist gleichbedeutend mit einer weltgeschichtlichen Zäsur: Die Menschheit wurde vor dem Absturz in die Barbarei bewahrt, der ihr bei einem anderen Verlauf des Krieges drohte. Zwölf Jahre faschistische Diktatur hatten dafür einen blutigen Anschauungsunterricht erteilt: Ihrem Antikommunismus, ihrer Fortschrittsfeindlichkeit fielen Hunderttausende von Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, bürgerlichen Humanisten und Demokraten zum Opfer. Faschistischer Rassenwahn forderte das Leben von Millionen Angehörigen slawischer Völker, Millionen Juden, Hunderttausenden Sinti und Roma. 27 Millionen Sowjetbürger mussten ihr Leben lassen - die Hälfte aller Toten des Krieges. Mindestens 10 Millionen Menschen, zumeist aus den von Deutschland überfallenen Ländern, wurden als Arbeitsklaven eingesetzt; ungezählte überlebten die Zwangsarbeit nicht. Solche Tatsachen verbieten es, den Eindruck zu erwecken, als seien Deutsche - etwa die Opfer des Bombenkrieges, die Kriegsgefangenen, die "Vertriebenen" - die Hauptleidtragenden des Zweiten Weltkriegs und seiner Folgen gewesen.

7. Um so schlimmer ist es, wenn heute Nazis wieder frech gegen Frieden und Völkerverständigung hetzen dürfen, und umso verwerflicher, wenn sie sich zusammenrotten dürfen und auch vor Mord und Totschlag nicht zurückschrecken. Umso gefährlicher ist es, wenn Behörden und Gerichte ihr Treiben dulden und ihnen gar Wege dafür öffnen. Uns empört, dass Nazis in Parlamenten sitzen und dafür auch noch öffentliche Mittel bekommen. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!

Dieses Verbrechen lässt sich mit keinem anderen Geschehnis des 20. Jahrhunderts, und sei es noch so verurteilenswert, auf eine Stufe stellen.

Dem Vermächtnis des 8. Mai 1945 widerspricht es auch, wenn heute die Befreiungsmision der Roten Armee in diskreditierender Weise gelehnet wird und in osteuropäischen Ländern faschistische Kollaborateure zu Nationalhelden umgefälscht werden.

8. Weit verbreitet war nach dem 8. Mai 1945 der Vorsatz: "Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" Heute rechtfertigen Regierende "humanitäre Interventionen" mit der heuchlerischen Parole "Nie wieder Auschwitz!" Die Not der ärmsten Länder wird nach der Devise "responsibility to protect" mit der Ermütigung der Großmächte zu neuen Kolonialregimen missbraucht. Die blutigsten geopolitisch motivierten Kriege der letzten beiden Jahrzehnte im Kongo, Irak, Afghanistan, Darfur oder um das Kosovo gegen Jugoslawien und andere Sezessionskriege sind neokoloniale Raubkriege um strategische Rohstoffe. Der Kampf um die Ablösung des USA-Unilateralismus durch multilaterale Strukturen und die friedliche Bewältigung der globalen wirtschaftlichen Krisenerscheinungen sind eine Herausforderung für alle Friedenskräfte der Welt und Europas.

9. Über 50 Millionen Tote des Zweiten Weltkrieges mahnen zum Frieden. Dem Vermächtnis des 8. Mai 1945 widerspricht es, wenn heute, seit dem Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft, der Imperialismus die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt wieder als ein legitimes Mittel der Politik betrachtet.

Dem Vermächtnis des 8. Mai 1945 widerspricht es, wenn die Bundeswehr einer expansionistischen Militärdoktrin folgt und grundgesetzwidrig als weltweit operierende Interventionstruppe eingesetzt wird. Wir fordern: "Bundeswehr raus aus Afghanistan, raus aus internationalen Krisenregionen!"

Das Europa, das wir meinen, hervorgegangen aus dem antifaschistischen Kampf der Völker unseres Kontinents, muss ein Europa des Friedens und gemeinsamer Sicherheit sein. Dringend notwendig ist darüber hinaus eine neue globale Friedens- und Sicherheitsordnung, die das Gewaltverbot der UNO-Charta zur Grundlage hat.

Einladung

In Berlin findet am

Sonnabend, dem 4. September 2010

eine **Konferenz** zum Thema

Bündnispolitik in der DDR Erfolge und Defizite

statt. Zu ihr laden gemeinsam der Marxistische Arbeitskreis zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung bei der Partei DIE LINKE, die Geschichtskommission beim Parteivorstand der DKP, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Redaktion *junge Welt*, Berlin, ein.

Die Konferenz tagt von **10.30** bis 18.00 Uhr.

Tagungsort: Berlin-Mitte, *Club Spittelkolonnaden*,
Leipziger Straße 47 (Eingang Jerusalemer Str.)
(U-Bahnhof Spittelmarkt oder Hausvogteiplatz - U 2)

Vortrag:

Prof. Dr. Heinz Hümmeler
Bündnispolitik in der DDR. Erfolge und Defizite

Weitere Beiträge:

Prof. Dr. Gerhard Fischer: Erfahrungen der DDR-CDU mit der Bündnispolitik

Prof. Dr. Manfred Bogisch: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands im Bündnis

Dr. Hans Reichelt: Bündniserfahrungen der Demokratischen Bauernpartei
Deutschlands

Dr. Fred Dumke: Die National-Demokratische Partei Deutschlands im Bündnis

Kontaktadressen:

Dr. Siegfried Ittershagen, Philipp-Jacob-Rauch-Str. 4, 12559 Berlin, Tel. 030-6597079
Prof. Dr. sc. Heinz Karl, Am Faulen See 26, 13053 Berlin, Tel. 030-9866574